

Eine Studie der Gesellschaft für
Angewandte Wirtschaftsforschung mbH

Bedingungsloses Grundeinkommen



Inhalt

Das Wichtigste in Kürze	5
Einleitung	6

I. Öffentliche Wahrnehmung	9
Bekanntheitsgrad	11
Grad der Zustimmung	14
Gründe für die Zustimmung	18

II. Reaktion des Arbeitsangebots	21
Leistungsanreize	23
Individuelles Arbeitsangebot	26
Schwarzarbeit	34

III. Einstellung zu gesellschaftspolitischen Fragen	39
Steuer und Bürokratie	41
Stellenwert der Arbeit	60

Projekt-Team:
Dr. Stefan D. Haigner
Mag. Stefan Jenewein
Univ.-Prof. Dr. Friedrich Schneider
Dr. Florian Wakolbinger

Diese Studie wurde auf Anregung von
Professor Götz W. Werner erstellt.
Für die finanzielle Unterstützung danken
ihm die Verfasser.



Das Wichtigste in Kürze

Die Idee eines Grundeinkommens, Bürgergeldes oder einer Mindestsicherung ist 50 % der Deutschen bekannt. 75 % davon kennen das Bedingungslose Grundeinkommen.

Der Bekanntheitsgrad steigt mit dem Bildungsgrad.

Die Deutschen stehen dem Bedingungslosen Grundeinkommen leicht positiv gegenüber.

Wichtigster Grund für die Zustimmung zum Bedingungslosen Grundeinkommen ist die „finanzielle Unabhängigkeit“, gefolgt vom Aspekt der „Bedingungslosigkeit“ und der „Gerechtigkeit“.

Die Zustimmung zum Bedingungslosen Grundeinkommen ist für jede Berufsgruppe und jeden beruflichen Status, über alle Bildungsniveaus und Einkommensklassen sowie in jedem Bundesland positiv oder zumindest statistisch neutral.

72 % aller Erwerbstätigen geben an, ihr Arbeitsangebot nach BGE-Einführung nicht senken zu wollen. Die Reduktion des Arbeitsangebots seitens der Erwerbstätigen wird durch den Eintritt von derzeit Nicht-Erwerbstätigen in die Erwerbstätigkeit vollständig kompensiert.

Die Akzeptanz, Steuern zu zahlen, ist bei besser Verdienenden sowie höher Gebildeten stärker ausgeprägt.

Das Empfinden, dass der deutsche Sozialstaat zu bürokratisch ist, ist sehr stark ausgeprägt, wobei es deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gibt.

Mehr als 50 % der Deutschen glauben, dass mindestens 40 % der Steuereinnahmen nicht sinnvoll verwendet werden.

Für 40 % ist die derzeitige Steuerbelastung mehr oder weniger akzeptabel.

Einleitung

Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens, so wie es derzeit diskutiert wird, sieht vor, dass jedem Bürger von Geburt an bedingungslos ein Grundeinkommen ausbezahlt wird. Das Bedingungslose Grundeinkommen soll dabei in seiner Höhe derart bemessen sein, dass es nicht nur die bloße Existenz sichert. Es soll darüber hinaus auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Zentral dabei ist, dass es – im Gegensatz zu bedarfsorientierten Sicherungssystemen – ohne Prüfung der Bedürftigkeit und damit unabhängig von Alter, Einkommen, Familienstand oder Beschäftigungsstatus ausbezahlt wird und von ihm auch keinerlei Zwang zur Arbeit ausgeht.

Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens ist dabei zum einen vor dem Hintergrund zu sehen, dass ein immer größerer Anteil der Menschen ihren Lebensunterhalt nicht mehr durch eigene Erwerbsarbeit bestreiten kann (Stichwort: Working Poor). Zum anderen hat sich darüber hinaus in den letzten Jahren der Eindruck verfestigt, dass Vollbeschäftigung unter den derzeitigen Gegebenheiten faktisch nicht mehr erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund erscheint es nur konsequent, Arbeit und Einkommensgenerierung (zumindest teilweise) zu entkoppeln. Zudem würde dies die Menschen vom „Zwang“ zur Arbeit aufgrund des Lebensunterhalts befreien und den Menschen die tatsächliche Freiheit geben, sich für Arbeit zu entscheiden. Diese Freiheit ist notwendig, um kreatives Potenzial freizusetzen und wirkt produktivitätssteigernd (Stichwort: Kreative Industrien und ihr überdurchschnittlicher Beitrag zur Wertschöpfung, unabhängige Forschung, Pflege, Kulturarbeit).

Daneben würde die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens eine gravierende Verschlankung des staatlichen Verwaltungsapparates mit sich bringen, da alle bisher ausbezahlten Transferleistungen im Bedingungslosen Grundeinkommen zusammengeführt werden. Der bürokratische Aufwand sowohl auf der Seite des Staats als auch auf der Seite der Steuer- und Abgabepflichtigen könnte so deutlich reduziert werden. Der Staat würde somit deutlich effizienter werden und die so gewonnenen Ressourcen könnten produktiven Verwendungen zugeführt werden. Ein Einwand, der an dieser Stelle häufig eingebracht wird ist jener, dass durch die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens die Arbeitsanreize massiv sinken würden und Erwerbsarbeit an sich entwertet würde.

Vor diesem Hintergrund wurde im Mai 2010 erstmals in Deutschland von IMAS International eine repräsentative Umfrage unter mehr als 2.100 Personen zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen durchgeführt mit dem Ziel, folgende Fragen zu beantworten:

- └ Welchen Stellenwert besitzt Arbeit heute überhaupt?
- └ Wie stehen die Bürgerinnen und Bürger zum Bedingungslosen Grundeinkommen?
- └ Mit welchen Veränderungen ist hinsichtlich des Arbeitsangebots nach Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens zu rechnen?
- └ Ist eine Verschlankung des Verwaltungsapparates wünschenswert und wofür ist es „akzeptabel“ Steuern zu zahlen?

Diese und weitere Fragen sollen im nun Folgenden beantwortet werden. Kapitel I widmet sich dabei der öffentlichen Wahrnehmung und der Akzeptanz des Bedingungslosen Grundeinkommens – im Folgenden kurz BGE genannt. In Kapitel II wird dargestellt, mit welchen Auswirkungen auf das Arbeitsangebot nach Einführung des BGE gerechnet werden kann. Dabei wird zwischen offizieller Erwerbsarbeit und Schwarzarbeit unterschieden. Kapitel III beschäftigt sich in einem ersten Teil mit persönlichen Einstellungen zu staatlicher Aktivität, Sozialleistungen, Steuern bzw. der Steuerlast. In einem zweiten Teil wird die Wahrnehmung des Stellenwerts von Arbeit beleuchtet.



I. Öffentliche Wahrnehmung

┌ I.1 Bekanntheitsgrad	11
I.2 Grad der Zustimmung	14
I.3 Gründe für Zustimmung	18

Fans auf Facebook
(der jeweils größten Gruppe)

36 758 Bedingungsloses
Grundeinkommen

13 596 SPD

11 584 Bündnis 90 / Die Grünen

9 985 Piratenpartei Deutschland

8 273 FDP

6 172 CDU

5 660 Die Linke

Stand: Oktober 2010

I. Öffentliche Wahrnehmung

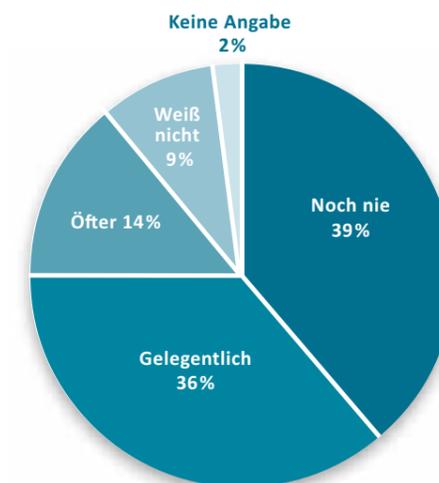
I.1 Bekanntheitsgrad

- └ 50 % der Bevölkerung sind Grundeinkommen bzw. verwandte Systeme bekannt.
- └ Bekanntheitsgrad steigt mit Bildungsgrad.
- └ 75 % davon kennen das BGE.
- └ In Hessen, Thüringen und Schleswig-Holstein ist der Bekanntheitsgrad deutlich überdurchschnittlich.
- └ In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Brandenburg ist der Bekanntheitsgrad deutlich unterdurchschnittlich.

Etwa der Hälfte der Befragten ist die Idee eines Grundeinkommens bzw. verwandter Systeme (z.B. Solidarisches Bürgergeld oder Mindestsicherung) bekannt. Sie haben schon öfter oder gelegentlich davon gehört. Ein Anteil von 40 % gibt jedoch an, von derartigen Konzepten noch nie etwas gehört zu haben.

Abb. 1

Haben Sie schon einmal etwas von der Idee eines Grundeinkommens, Bürgergelds bzw. einer Mindestsicherung gehört?



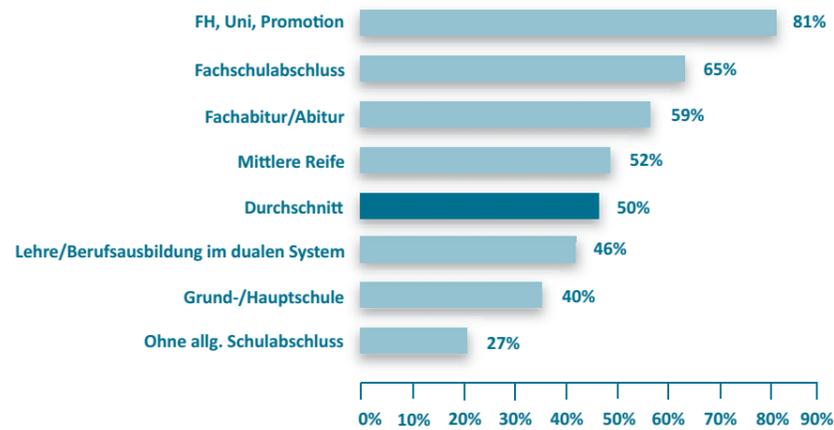
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

I. Öffentliche Wahrnehmung

Dabei gibt es einen klaren positiven Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Bekanntheitsgrad. So kennen mehr als 80 % der Befragten mit Hochschulabschluss derartige Konzepte, während dies auf lediglich 40 % derer, die einen Grund- oder Hauptschulabschluss haben, und nur auf 27 % derer, die keinen Schulabschluss haben, zutrifft.

Abb. 2

Anteil derer, die öfter oder gelegentlich von Grundeinkommen bzw. verwandten Systemen gehört haben – getrennt nach Bildungsgrad



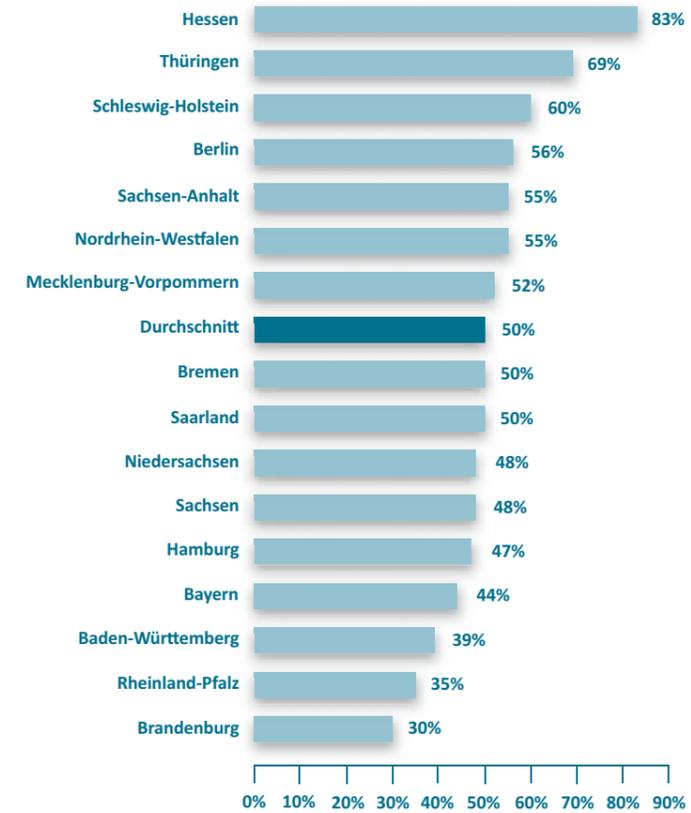
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Der Bekanntheitsgrad sozialer Sicherungssysteme ist in Hessen, Thüringen und Schleswig-Holstein (mit 83 %, 69 % und 60 %) deutlich überdurchschnittlich, wohingegen er in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Brandenburg unterdurchschnittlich ist (mit 39 %, 35 % und 30 %).

Von jenen Personen, denen diese sozialen Sicherungssysteme zum Zeitpunkt der Befragung bekannt sind, haben 70 % die mediale Diskussion darüber beiläufig und 12 % laufend verfolgt. Drei Viertel dieser Personen kennen das spezifische System „Bedingungsloses Grundeinkommen“ und haben schon öfter oder gelegentlich davon gehört.

Abb. 3

Anteil derer, die öfter oder gelegentlich von Grundeinkommen bzw. verwandten Systemen gehört haben – getrennt nach Bundesland



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

I.2 Grad der Zustimmung

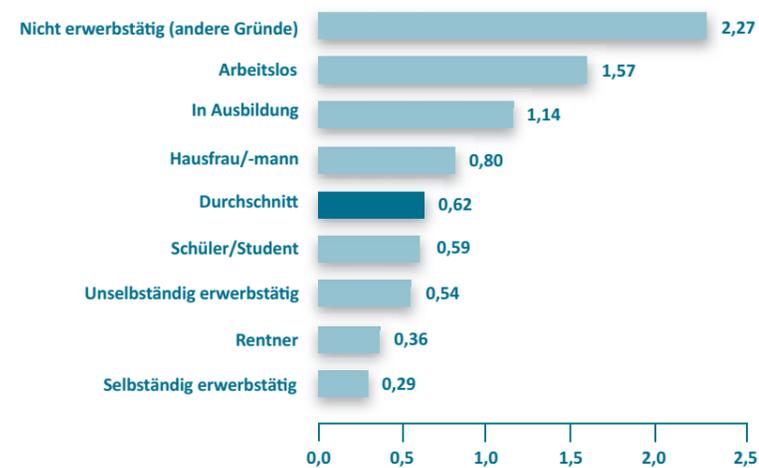
Die zentralen Ergebnisse sind:

- └ Die Bevölkerung steht dem BGE grundsätzlich positiv gegenüber.
- └ Zustimmung bei Arbeitslosen, Hausfrauen/-männern, Auszubildenden und aus anderen Gründen nicht Erwerbstätigen überdurchschnittlich.
- └ Zustimmung bei Erwerbstätigen und Rentnern unterdurchschnittlich.

Im Durchschnitt stehen die befragten Personen dem BGE tendenziell positiv gegenüber. Zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen sind allerdings deutliche Unterschiede auszumachen. So ist die Zustimmung zum BGE bei selbständig und unselbständig Erwerbstätigen sowie Rentnern schwächer ausgeprägt als bei Personen, die sich noch in Ausbildung befinden und denen, die im erwerbsfähigen Alter sind, aber keiner Erwerbsarbeit nachgehen (Arbeitslose, Hausfrauen/-männer und aus anderen Gründen nicht Erwerbstätige). Lediglich die Gruppe der selbständig Erwerbstätigen steht – auch wenn sie im Mittel leicht positiv ist – der Idee des BGE statistisch neutral gegenüber.

Abb. 4

Mittlere Zustimmung zum BGE – getrennt nach beruflichem Status

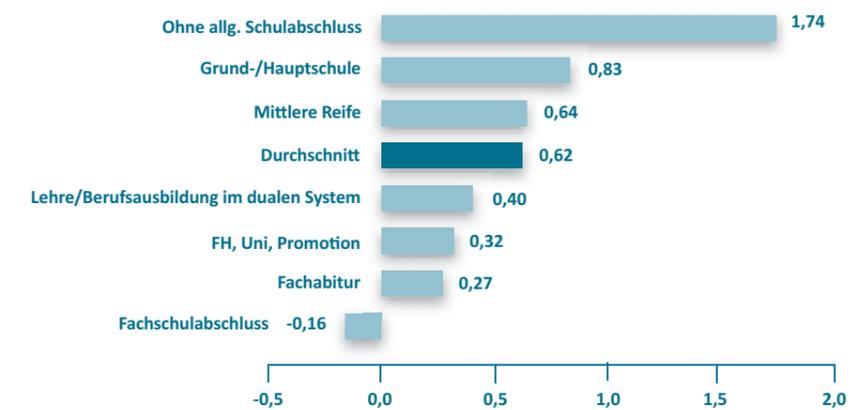


Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Tendenziell ist die Zustimmung zum BGE bei Personen mit niedrigerem Bildungsgrad überdurchschnittlich und umgekehrt. Allerdings fällt die Zustimmung nicht stetig mit steigendem Bildungsgrad. So unterscheiden sich etwa Personen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss hinsichtlich der Zustimmung nicht signifikant von Personen mit mittlerer Reife sowie von Personen mit Fachschulabschluss oder Personen mit Fachabitur oder Abitur. Lediglich die beiden Gruppen, die die höchste Zustimmung aufweisen (Personen ohne Schulabschluss und Personen mit Grund- und Hauptschulabschluss), unterscheiden sich statistisch signifikant von allen anderen Gruppen.

Abb. 5

Mittlere Zustimmung zum BGE – getrennt nach Bildungsgrad



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Bürgerinitiativen zum Grundeinkommen in Deutschland

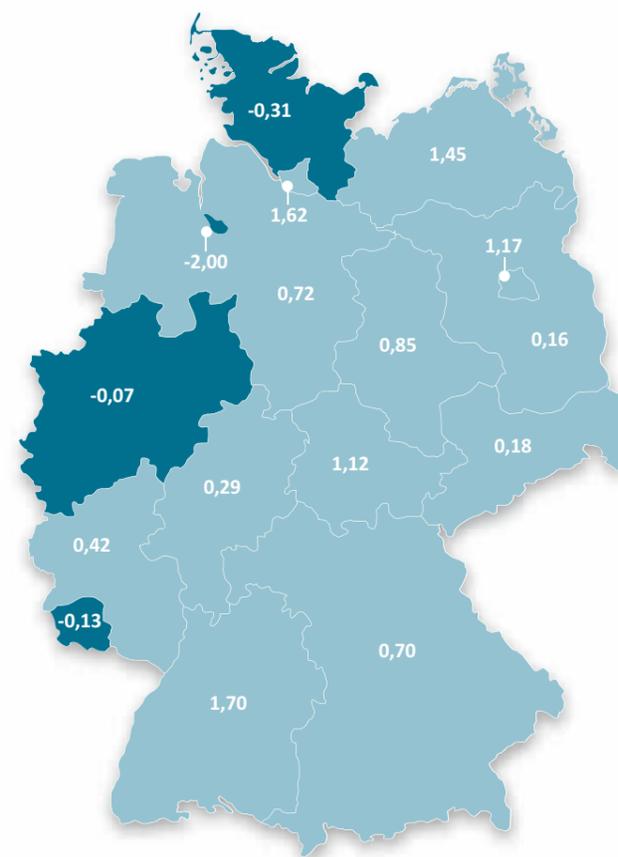
Stand: Oktober 2010



Die Zustimmung zum BGE ist in den Bundesländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Sie erreicht in Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Thüringen Durchschnittswerte über 1 und ist in Nordrhein-Westfalen, im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Bremen im Durchschnitt negativ, wobei im Falle Bremen die geringe Beobachtungszahl beachtet werden muss. Allerdings muss für die vier letztgenannten Bundesländer festgehalten werden, dass die Ablehnung derart schwach ist, dass statistisch eine neutrale Haltung gegenüber dem BGE unterstellt werden kann.

Abb. 6

Mittlere Zustimmung zum BGE – getrennt nach Bundesland



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

I.3 Gründe für Zustimmung

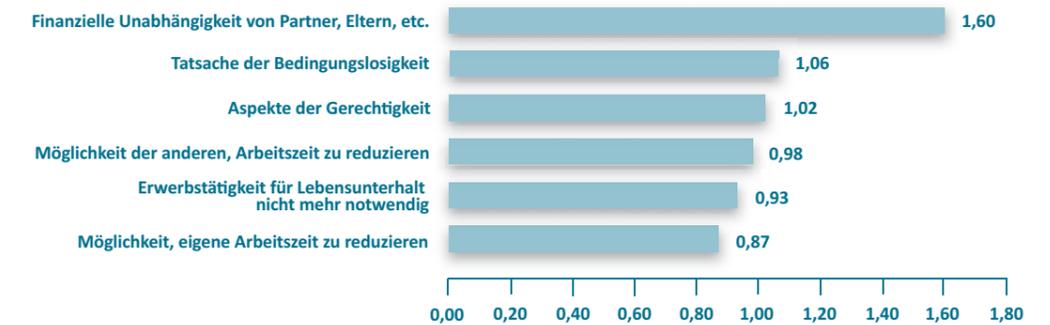
Die Befragten wurden gebeten, sechs Aspekte hinsichtlich ihrer Relevanz für Zustimmung bzw. Ablehnung des BGE zu bewerten. Am stärksten für die Idee des BGE sprechen

- └ die dadurch entstehende finanzielle Unabhängigkeit von Arbeitgeber, Partner, Eltern etc. sowie
- └ die Bedingungslosigkeit des Einkommens.
- └ Die Möglichkeit hingegen, die eigene Arbeitszeit zu reduzieren, erachten die Befragten als unwichtigsten Aspekt.

Der Aspekt der finanziellen Unabhängigkeit von Arbeitgeber, Partner, Eltern etc. spricht also von allen sechs Aspekten am stärksten für die Einführung des BGE. Die Relevanz dieses Aspektes ist auch signifikant höher als die der anderen Aspekte. Auch der Aspekt der Bedingungslosigkeit des BGE führt in stärkerem Ausmaß zur Zustimmung als etwa die Möglichkeit, die eigene Arbeitszeit zu reduzieren oder die Möglichkeit der anderen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren.

Abb. 7

Gründe für/gegen das BGE – mittlere Zustimmung



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Bei einer Differenzierung nach beruflichem Status bzw. Bildungsgrad wird hinsichtlich aller sechs Aspekte ein gemeinsames Muster erkennbar. Für jene Bevölkerungsgruppen, die der Idee des BGE überdurchschnittlich stark zustimmen (das sind Personen im erwerbsfähigen Alter, die nicht erwerbstätig sind sowie solche mit niedrigerem Bildungsgrad) sprechen die genannten Aspekte tendenziell stärker für die Einführung des BGE als für Bevölkerungsgruppen, bei denen die Zustimmung schwächer ausgeprägt ist (Erwerbstätige und Rentner).



II. Reaktion des Arbeitsangebots

II.1 Leistungsanreize	23
II.2 Individuelles Arbeitsangebot	26
II.2a Berufsfelder	29
II.2b Derzeitiges Stundenausmaß	31
II.2c Einkommen	32
II.3 Schwarzarbeit	34

Arbeitsbereitschaft von Langzeitarbeitslosen

85,3 % aller SGB-II-Leistungsempfänger gehen einer Tätigkeit nach

53,7 % aller SGB-II-Leistungsempfänger gehen mindestens einer Halbtags­tätigkeit nach

29,3 % aller SGB-II-Leistungsempfänger gehen einer Erwerbstätigkeit nach

28,8 % aller SGB-II-Leistungsempfänger betreuen Kinder

10,2 % aller SGB-II-Leistungsempfänger sind in Ausbildung

10,1 % aller SGB-II-Leistungsempfänger sind in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme

6,9 % aller SGB-II-Leistungsempfänger pflegen Angehörige

Quelle: IAB-Kurzbericht 15/2010

II. Reaktion des Arbeitsangebots

II.1 Leistungsanreize

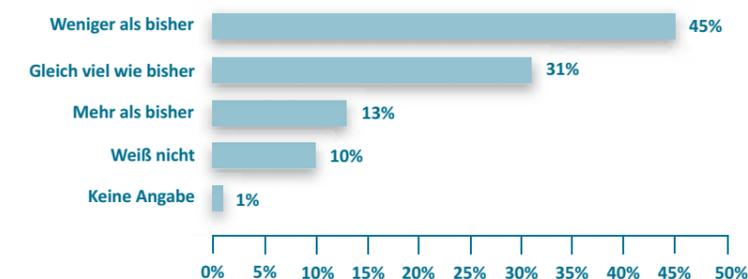
↳ 45 % erwarten Rückgang des gesamten Arbeitsangebots, 31 % erwarten keine Veränderung.

↳ 39 % erwarten, dass bei BGE-Einführung Leistungsanreize fallen werden, 30 % erwarten keine Veränderung.

Bezüglich der Auswirkungen einer Einführung des BGE auf das Arbeitsangebot liegen zwei entgegengesetzte Erwartungshaltungen vor. Befürworter des BGE argumentieren, dass durch dessen Einführung der „Zwang“ zur Arbeit aufgrund des Lebensunterhalts wegfällt und die Menschen sich daher hin zu jenen Tätigkeiten, die sie „gerne“ verrichten, orientieren können. Das Arbeitsangebot sollte daher steigen bzw. zumindest nicht fallen, vor allem aber qualitativ besser werden. Kritiker hingegen erwarten einen Rückgang des Arbeitsangebots, da sie annehmen, dass die Menschen vor allem aufgrund ökonomischer Notwendigkeit arbeiten und sie, wenn diese Notwendigkeit wegfällt, Arbeitszeit durch Freizeit substituieren werden.

Abb. 8

Erwartungen über Veränderungen des gesamten Arbeitsangebots



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Die Befragungsteilnehmer wurden sowohl hinsichtlich der Veränderungen ihres eigenen Arbeitsangebots als auch hinsichtlich ihrer Erwartungen über die Veränderung des gesamten Arbeitsangebots bei einer möglichen Einführung des BGE befragt. Tatsächlich erwartet die Mehrheit der Befragten einen Rückgang des Arbeitsangebots, wie aus Abbildung 8 hervorgeht.

II. Reaktion des Arbeitsangebots

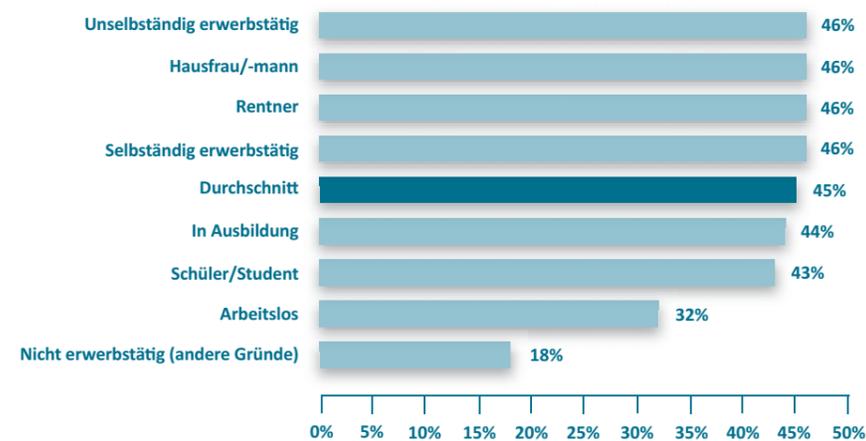
Wie ersichtlich gehen 45 % der Befragten davon aus, dass bei einer Einführung des BGE das Arbeitsangebot zurückgehen wird, während immerhin etwas weniger als ein Drittel glaubt, dass das Arbeitsangebot gleichbleibt. Nur 13 % denken, dass das gesamte Arbeitsangebot steigt.

Abbildung 9 zeigt, dass jene Gruppen, die dem BGE überdurchschnittlich positiv gegenüberstehen, in geringerem Ausmaß von einem Rückgang des Arbeitsangebots bei einer BGE-Einführung ausgehen, als Gruppen, bei denen die Zustimmung schwächer ausgeprägt ist. So glauben nur 18 % der aus anderen Gründen nicht Erwerbstätigen und 32 % der Arbeitslosen, dass die Einführung des BGE zu einem Rückgang des Arbeitsangebots führen wird, während jeweils mehr als 45 % der Erwerbstätigen und Rentner von einem Rückgang ausgehen.

Bei Personen mit mittleren Einkommen – das sind Personen mit einem Einkommen zwischen € 1.500 bis € 2.500 pro Monat – ist der Anteil derer, die von einem Rückgang des Arbeitsangebots ausgehen, mit 49 % leicht überdurchschnittlich. In Ostdeutschland ist der Anteil leicht unterdurchschnittlich (41 %).

Abb. 9

Anteil der Personen, die von einem Rückgang des Arbeitsangebots bei Einführung des BGE ausgehen – getrennt nach beruflichem Status

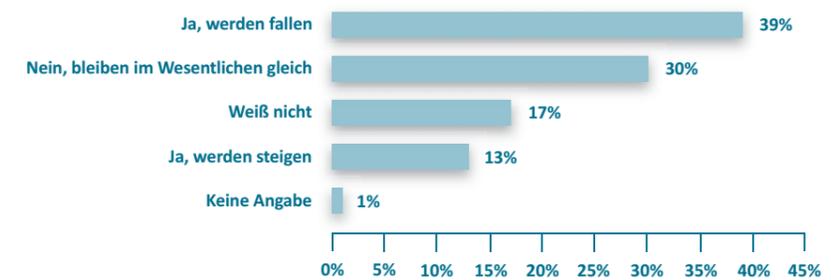


Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Die Erwartungen über die Veränderungen des Arbeitsangebots gehen mit der Einschätzung der Leistungsanreize, die das BGE bietet, einher. Etwa derselbe Anteil an Personen, die von einem Rückgang des Arbeitsangebots ausgehen, erwartet fallende Anreize. Ein Drittel der Befragten geht, wie aus Abbildung 10 ersichtlich, von keiner Veränderung des Arbeitsangebots bei einer Einführung des BGE aus, und auch etwa ein Drittel der Befragten erwartet, dass sich die Leistungsanreize bei einer Einführung nicht wesentlich verändern werden.

Abb. 10

Veränderung der Leistungsanreize bei BGE-Einführung



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Bei einer Differenzierung nach Einkommen oder Bildungsgrad wird kein eindeutiges Muster erkennbar. Zudem sind die Unterschiede in der Einschätzung zwischen den einzelnen Bildungs- bzw. Einkommensgruppen nur sehr gering.

II.2 Individuelles Arbeitsangebot

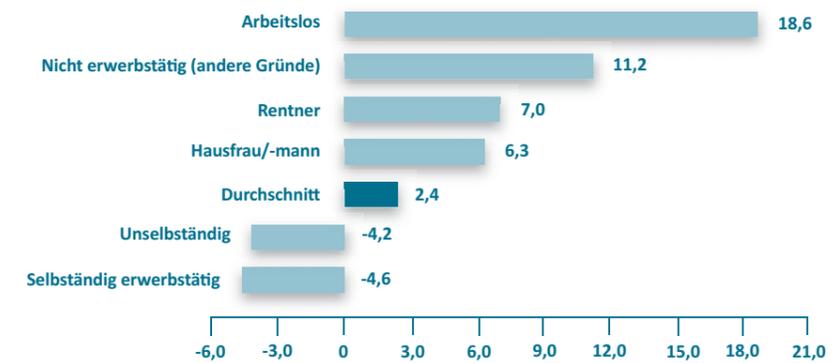
- └ 72 % aller Erwerbstätigen wollen ihr Arbeitsangebot bei BGE-Einführung nicht verändern.
- └ Dennoch wollen Erwerbstätige im Durchschnitt nach BGE-Einführung 4,3 Stunden pro Woche weniger arbeiten.
- └ Bei Hilfsberufen, in der Landwirtschaft und im Handel ist ein Rückgang des Beschäftigungsausmaßes überdurchschnittlich.
- └ Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen und aus sonstigen Gründen nicht Erwerbstätige wollen ihr Arbeitsangebot nach BGE-Einführung erhöhen.
- └ Im Bevölkerungsdurchschnitt Erhöhung des Arbeitsangebots um 2,4 Wochenstunden pro Person.

Entgegen den weiter oben dokumentierten Erwartungen vieler Befragter über das gesamte Arbeitsangebot sinkt das durchschnittliche individuelle Arbeitsangebot bei einer Einführung des BGE nicht. Während die Befragten gegenwärtig im Durchschnitt 21 Stunden pro Woche einer regulären Erwerbsarbeit nachgehen, ist das geplante Arbeitsangebot nach einer möglichen Einführung mit durchschnittlich 22 Stunden pro Person und Woche sogar höher als das gegenwärtige.

Wie aus Abbildung 11 hervorgeht, ändert sich allerdings die Verteilung des Arbeitsangebots auf die einzelnen Personengruppen deutlich. Personen, die derzeit erwerbstätig sind, planen demgemäß, ihr Arbeitsangebot um durchschnittlich 4,2 Stunden (unselbständig Erwerbstätige) bzw. 4,6 Stunden (selbständig Erwerbstätige) zu reduzieren. Der Rückgang des Arbeitsangebots bei gegenwärtig Erwerbstätigen wird jedoch durch einen Anstieg bei Personengruppen, die momentan nicht erwerbstätig sind, mehr als kompensiert. Arbeitslose planen nach einer Einführung des BGE, ihr Arbeitsangebot um mehr als 18 Stunden pro Woche zu erhöhen, während die momentan aus anderen Gründen nicht Erwerbstätigen angeben, nach einer BGE-Einführung im Durchschnitt 11 Stunden pro Woche zu arbeiten. Rentner und Hausfrauen/-männer wollen durchschnittlich 7 bzw. 6 Stunden pro Woche arbeiten.

Zu bedenken ist dabei, dass ein eventuell höheres Arbeitsangebot, etwa von Arbeitslosen, von den Unternehmen nicht vollständig nachgefragt werden muss. Jedoch sinkt selbst unter der strengen Annahme, dass alle Arbeitslosen nach einer BGE-Einführung weiterhin arbeitslos bleiben würden, das gesamte Arbeitsangebot im Durchschnitt lediglich um 0,3 Stunden pro Person und Woche.

Abb. 11
Veränderung des Stundenausmaßes (Std./Woche) der Erwerbsarbeit bei BGE-Einführung – getrennt nach beruflichem Status



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Es liegt zumindest nahe, dass eine derartige Umverteilung des Arbeitsangebots von den derzeit Erwerbstätigen zu den Nicht-Erwerbstätigen durch die Bedingungslosigkeit des BGE ermöglicht wird. Während im gegenwärtig implementierten Sozialsystem Transferempfänger wie Rentner oder Arbeitslosengeldbezieher keine oder nur sehr geringe monetäre Anreize vorfinden, ihre Arbeitskraft anzubieten, weil sie sonst den Transfer verlieren, ist dies in einem BGE-System anders. Denn wie bereits mehrmals gesagt: Der Bezug des BGE ist, abgesehen von Statusbedingungen wie Staatsbürgerschaft bzw. Aufenthaltserlaubnis, an keinerlei Bedingungen geknüpft.

„Zwanghaftes Arbeiten allein würde die Menschen ebenso verrückt machen wie absolutes Nichtstun. Erst durch die Kombination beider Komponenten wird das Leben erträglich.“

Erich Fromm

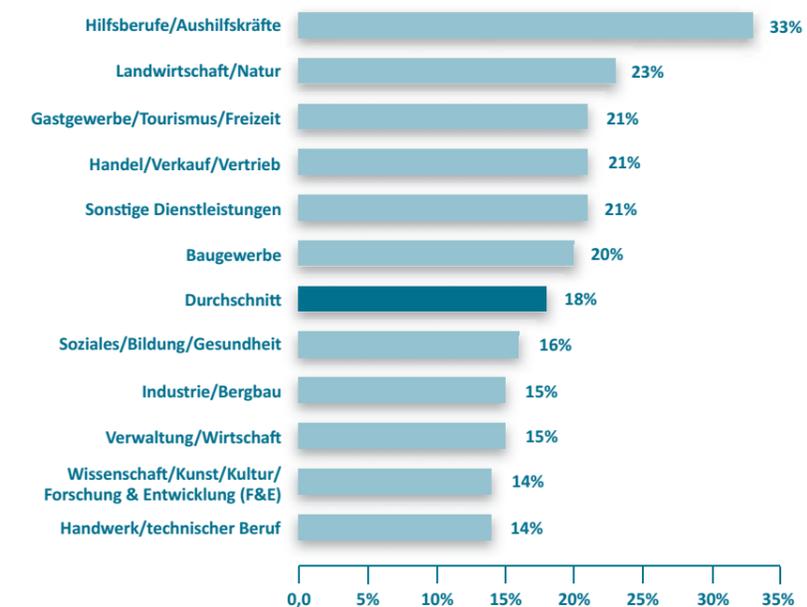


II.2a Berufsfelder

Wie aus Abbildung 12 und Abbildung 13 hervorgeht, ist der Anteil der Erwerbstätigen, die ihr Arbeitsangebot nach einer BGE-Einführung reduzieren oder vollständig einstellen wollen, im Durchschnitt etwas kleiner als ein Fünftel. Die durchschnittliche Reduktion des Arbeitsangebots von etwas mehr als 4 Wochenstunden beträgt bei der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit der befragten Erwerbstätigen hingegen nur etwas mehr als ein Zehntel.

Abb. 12

Anteil derer, die Arbeitsangebot reduzieren oder vollständig einstellen – getrennt nach Berufsfeld



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Am deutlichsten fällt der Rückgang der Arbeitsstunden bei Hilfsberufen bzw. Aushilfskräften aus. Hier gibt ein Drittel der Befragten an, ihr Arbeitsangebot reduzieren bzw. vollständig einstellen zu wollen. Die durchschnittliche Reduktion der Wochenarbeitszeit beträgt dabei mehr als 6 Stunden. In der Landwirtschaft, im Gastgewerbe, im Handel, bei sonstigen Dienstleistungen sowie im Baugewerbe ist der Anteil derer, die das Arbeitsangebot reduzieren oder vollständig einstellen, deutlich geringer, aber überdurchschnittlich. Bei Handwerkern, Wissenschaftlern und Künstlern sowie in der Verwaltung tritt nur ein unterdurchschnittlicher Rückgang des Arbeitsangebots auf.

II. Reaktion des Arbeitsangebots

Es ist somit zu vermuten, dass es durch die Veränderungen des Arbeitsangebots bei den verschiedenen Berufsgruppen nach der BGE-Einführung auch zu einer Veränderung der Lohnstruktur kommt. Um die Arbeitsnachfrage bedienen zu können, müssen die Löhne in den Bereichen mit überdurchschnittlichem Rückgang des Arbeitsangebots stärker wachsen als in den Bereichen mit unterdurchschnittlichem Rückgang. Da in traditionellen Niedriglohnbereichen der Rückgang des Arbeitsangebots besonders stark zu sein scheint, würde dies eine Angleichung der Löhne bedeuten. Allerdings ist nicht abzuschätzen, inwieweit die derzeit nicht Erwerbstätigen in den einzelnen Berufsfeldern den Rückgang des Arbeitsangebots der Erwerbstätigen kompensieren können.

Abb. 13

Mittlere Reduktion des Arbeitsangebots (Std./Woche) von derzeit Erwerbstätigen – getrennt nach Berufsfeld



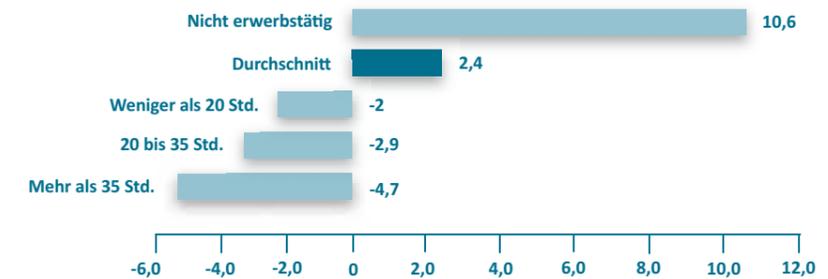
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

II.2b Derzeitiges Stundenausmaß

Abbildung 14 zeigt, dass die geplante durchschnittliche Reduktion mit dem derzeit bereitgestellten Arbeitsangebot naturgemäß steigt. Personen mit einer Vollzeitbeschäftigung von über 35 Stunden reduzieren das Arbeitsangebot um 4,7 Stunden, während Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 20 Stunden Wochenarbeitszeit ihr Arbeitsangebot im Durchschnitt nur um 2 Stunden reduzieren. Nicht Erwerbstätige hingegen wollen, wie bereits in Abbildung 11 dokumentiert, ihr Arbeitsangebot um durchschnittlich ca. 10 Wochenstunden erhöhen.

Abb. 14

Mittlere Veränderung des gesamten Arbeitsangebots (Std./Woche) – getrennt nach derzeitigem Stundenausmaß



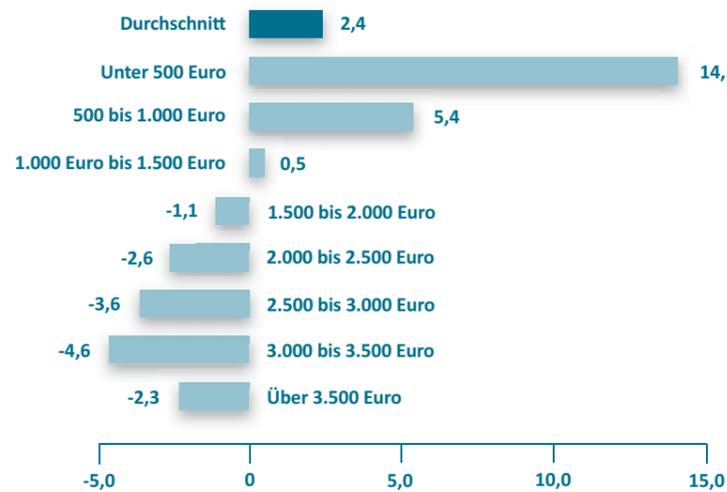
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

II.2c Einkommen

Personen mit mittleren und hohen Einkommen reduzieren bei einer Einführung des BGE ihr Arbeitsangebot, während es Personen mit niedrigem Einkommen erhöhen. Wie aus Abbildung 15 ersichtlich, ist die Reduktion bei Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von € 3.000 bis € 3.500 am stärksten. Steigt das Einkommen über diesen Betrag hinaus, so wird die geplante Reduktion des Arbeitseinkommens bei einer BGE-Einführung wieder geringer.

Abb. 15

Mittlere Veränderung des gesamten Arbeitsangebots (Std./Woche) – getrennt nach Einkommen



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

„Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat, aber er muß warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll.“

Friedrich Schiller



II.3 Schwarzarbeit

- └ Derzeitige Schwarzarbeits-Anbieter wollen nach BGE-Einführung 6,6 Stunden pro Monat weniger schwarz arbeiten.
- └ Wegfall der finanziellen Notwendigkeit ist wichtigster Grund für Reduktion.
- └ 25 % der Befragten wollen nach BGE-Einführung keine Schwarzarbeit mehr anbieten.

13,5 % der Befragten geben an, im letzten Jahr Schwarzarbeit angeboten zu haben. Wenig überraschend zeigt sich dabei, dass für 80 % der Zuverdienst ein Grund für ihr Angebot an Schwarzarbeit ist. Hingegen geben lediglich 8 % an, die Tätigkeit deshalb schwarz durchzuführen, weil sie die Arbeit offiziell gar nicht ausführen dürften. Auch geben nur etwas mehr als ein Zehntel der Befragten an, im inoffiziellen Sektor tätig zu sein, um Transferleistungen wie Arbeitslosengeld I oder II (Hartz IV) nicht zu verlieren, oder weil die Auftraggeber die Dienstleistungen inoffiziell nachfragen wollen.

Abb. 16

Gründe für Schwarzarbeits-Angebot



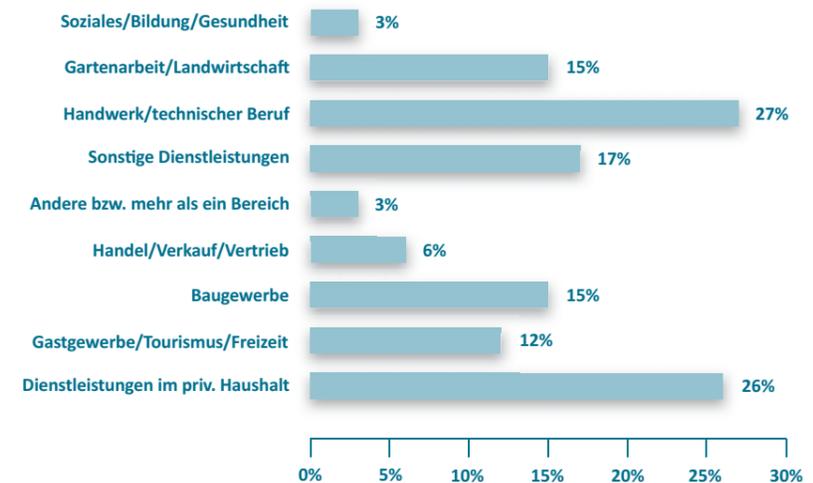
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Schwarzarbeit wird dabei insbesondere im Bereich Dienstleistungen im privaten Haushalt sowie im Bereich Handwerk/technischer Beruf angeboten. Jeweils mehr als ein Viertel der befragten Anbieter von Schwarzarbeit geben an, in mindestens einem dieser Bereiche tätig zu sein. Überraschend selten wird Schwarzarbeit im Bereich Soziales/Bildung/Gesundheit angeboten (2,46 %). 15 % bieten Schwarzarbeit im Baugewerbe, im Bereich Gartenarbeit/Landwirtschaft bzw. im Rahmen sonstiger Dienstleistungen an. Der Durchschnittslohn für Schwarzarbeit beträgt dabei € 12,19 pro Stunde. Männer verdienen im Durchschnitt mit € 13,23 mehr als Frauen mit durchschnittlich € 10,07 pro Stunde.

Etwas mehr als ein Drittel der befragten Anbieter von Schwarzarbeit bieten in dem Bereich an, in dem sie auch offiziell tätig sind, während etwas weniger als ein Drittel in einem anderen Bereich tätig sind. Das restliche Drittel der Schwarzarbeits-Anbieter geht keiner offiziellen Erwerbstätigkeit nach.

Abb. 17

Schwarzarbeits-Angebot nach Tätigkeitsbereichen



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Etwa die Hälfte dieser Personen bietet auch nach einer Einführung des BGE Schwarzarbeit an, während ein Viertel die Schwarzarbeit einstellt. 7 % werden in einem geringeren Ausmaß als zuvor Schwarzarbeit anbieten. Dies führt zu der in Abbildung 18 dargestellten durchschnittlichen Reduktion des Schwarzarbeits-Angebots von 6,6 Stunden pro Monat. Gegenwärtig beträgt das durchschnittliche Angebot 17,5 Stunden pro Monat, sodass die durchschnittliche Reduktion des Angebots etwas mehr als ein Drittel beträgt.

Die Reduktion ist in den Bereichen „Dienstleistungen im privaten Haushalt“, „Gastgewerbe/Tourismus/Freizeit“ sowie im Baugewerbe überdurchschnittlich, während sie im Bereich „Soziales/Bildung/Gesundheit“ sowie bei „Gartenarbeit/Landwirtschaft“ deutlich unterdurchschnittlich ist.

Abb. 18

Mittlere Veränderung des Schwarzarbeits-Angebots (Std./Monat) von derzeit schwarz Arbeitenden – getrennt nach Berufsfeld



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Etwa zwei Drittel der Schwarzarbeits-Anbieter, die angeben, bei einer Einführung des BGE das Angebot zu reduzieren oder gänzlich einzustellen, begründen die Reduktion mit dem Wegfall der finanziellen Notwendigkeit. Weitere 18 % stellen die Schwarzarbeit ein, da sie das BGE für ein faires System halten und sich, wenn es eingeführt wird, daher gesetzeskonform verhalten wollen. 7 % der Anbieter versuchen bei einer Einführung des BGE, die Schwarzarbeit durch eine offizielle Arbeit zu ersetzen.

Während diejenigen, die gegenwärtig Schwarzarbeit anbieten, das Angebot bei einer BGE-Einführung um etwas mehr als ein Drittel reduzieren wollen, werden 11 % der Befragten nach einer BGE-Einführung schwarz arbeiten, obwohl sie dies momentan nicht tun. Etwa 45 % dieser nach einer BGE-Einführung neu hinzukommenden Schwarzarbeiter sind unselbständig beschäftigt. Sie reduzieren dabei ihr reguläres Arbeitsangebot von durchschnittlich 37 auf 26 Stunden.

Der Anteil derjenigen, die nach einer BGE-Einführung Schwarzarbeit anbieten werden, ist beinahe so groß wie der Anteil derer, die gegenwärtig schon schwarz arbeiten (10,5 % versus 13,5 %). Es ist also davon auszugehen, dass der Rückgang des Schwarzarbeits-Angebots bei derzeitigen Anbietern vollständig kompensiert wird, sodass es insgesamt zu keiner Veränderung des Angebots kommt.



III. Einstellung zu gesellschaftspolitischen Fragen

III.1 Steuer und Bürokratie	41
III.1a Staatliche Bürokratie	47
III.1b Verschwendung der Steuereinnahmen?	52
III.1c Steuerbelastung akzeptabel?	55
III.2 Stellenwert der Arbeit	60
III.2a Jeder Mensch soll arbeiten, um sich selbst zu verwirklichen	60
III.2b Es ist Aufgabe der Regierung, für Vollbeschäftigung zu sorgen	61
III.2c Nur Bürger, die erwerbstätig sind oder waren, sollen das Recht auf staatliche Unterstützung besitzen	62
III.2d Bürger bringen sich durch Erwerbstätigkeit in den Staat ein	63
III.2e Unsere heutige Gesellschaft misst den Wert von Bürgern zu stark an deren Einkommen aus Erwerbstätigkeit	65
III.2f Vollbeschäftigung ist nicht zu verwirklichen	66
III.2g Der deutsche Staat verlangt zu wenig Eigenverantwortlichkeit	67
III.2h Der Stellenwert von Arbeit ist zu hoch	68
III.2i Ehrenamtliche Tätigkeiten werden wenig geschätzt	70
III.2j Einkommensunterschiede als Anreize für persönliche Leistungen	71
III.2k Ich finde die sozialen Unterschiede im Großen und Ganzen gerecht	72

Umfrage: Bürger wollen kein Wachstum um jeden Preis

88 % der Deutschen wünschen sich eine neue Wirtschaftsordnung – unter anderem soll ein neues System den sozialen Ausgleich stärker berücksichtigen.

28 % der Deutschen glauben an die Selbstheilungskräfte der Märkte

Quelle: TNS-Emnid-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

III. Einstellung zu gesellschaftspolitischen Fragen

Wie bereits in der Einleitung angesprochen, ist mit einer BGE-Einführung durch die Zusammenführung sämtlicher Transferleistungen eine deutliche Reduktion des Verwaltungsaufwandes verbunden. Daher wird in Kapitel III.1 dargestellt, wofür und in welchem Ausmaß die Bürgerinnen und Bürger das Bezahlen von Steuern akzeptabel finden, wie hoch nach ihrer Einschätzung der nicht sinnvoll verwendete Steueranteil ist und wie sie allgemein die Belastung durch Steuern und Abgaben einschätzen. Da sich mit der BGE-Einführung voraussichtlich auch der Stellenwert der Arbeit verändert, wird im darauf folgenden Kapitel III.2 der heutige Stellenwert der Arbeit beleuchtet und weiteren gesellschaftspolitisch relevanten Fragen nachgegangen.

III.1 Steuer und Bürokratie

- └ Steuern für öffentliche Leistungen zu zahlen ist akzeptabler als für Sozialleistungen.
- └ Höchste Akzeptanz staatlicher Aktivität bei Gutverdienern, höher Gebildeten und Personen, die in Wissenschaft, Kunst bzw. Forschung & Entwicklung (F&E) tätig sind.

Auf die Frage, ob es akzeptabel ist, dass der Staat mit den Steuereinnahmen öffentliche Leistungen wie Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Sicherheit, das Justizsystem u. a. finanziert, antworten mehr als 87 % der Befragten, dass dies akzeptabel sei, wobei 27 % aller Befragten hier die höchstmögliche Akzeptanz bekunden.

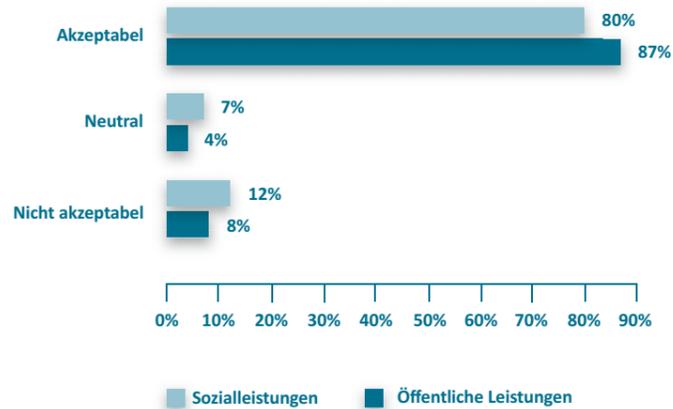
Die Steuereinnahmen für Sozialleistungen einzusetzen, finden immerhin noch knapp 80 % der Befragten akzeptabel, wobei hier knapp 20 % die höchstmögliche Akzeptanz äußern.

Die mittlere Zustimmung beträgt im Falle der Verwendung der Steuereinnahmen für öffentliche Leistungen 2,31 und ist damit signifikant höher als im Falle der Verwendung für Sozialleistungen (1,87).

Abb. 19

Verwendung von Steuereinnahmen für

- öffentliche Leistungen bzw.
- Sozialleistungen



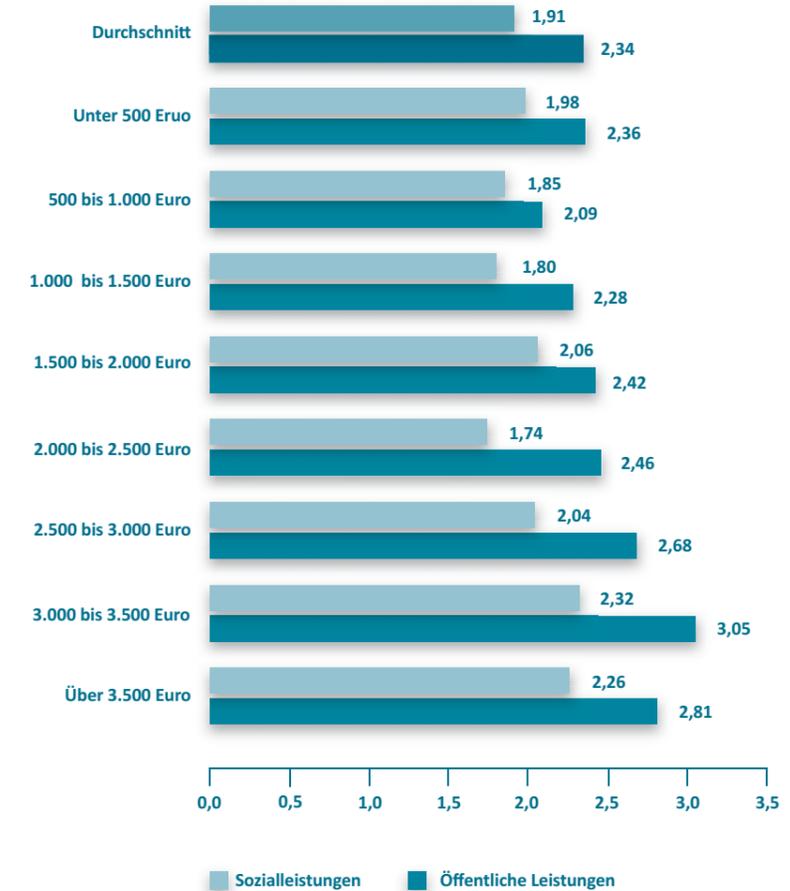
Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Akzeptabel: +4 bis +1; Neutral: 0; Nicht akzeptabel: -1 bis -4; „Weiß nicht“ / „Keine Angabe“: 1 % (öffentl. Leistungen) / 1 % (Sozialleistungen)

Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Die durchschnittliche Akzeptanz der Verwendung der Steuereinnahmen sowohl für öffentliche Leistungen als auch für Sozialleistungen ist bei Personen mit höheren Einkommen (monatliches Nettoeinkommen über € 2.500) tendenziell größer als bei Personen mit niedrigeren Einkommen. Bei der Verwendung für öffentliche Leistungen schwankt die mittlere Akzeptanz zwischen 2,09 und 3,05, bei der Verwendung für Sozialleistungen liegt die mittlere Akzeptanz ausnahmslos bei allen Einkommensklassen darunter, wobei sich die Spanne von 1,74 bis 2,32 erstreckt.

Abb. 20

Mittlere Akzeptanz der Verwendung von Steuereinnahmen – getrennt nach Einkommen



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.

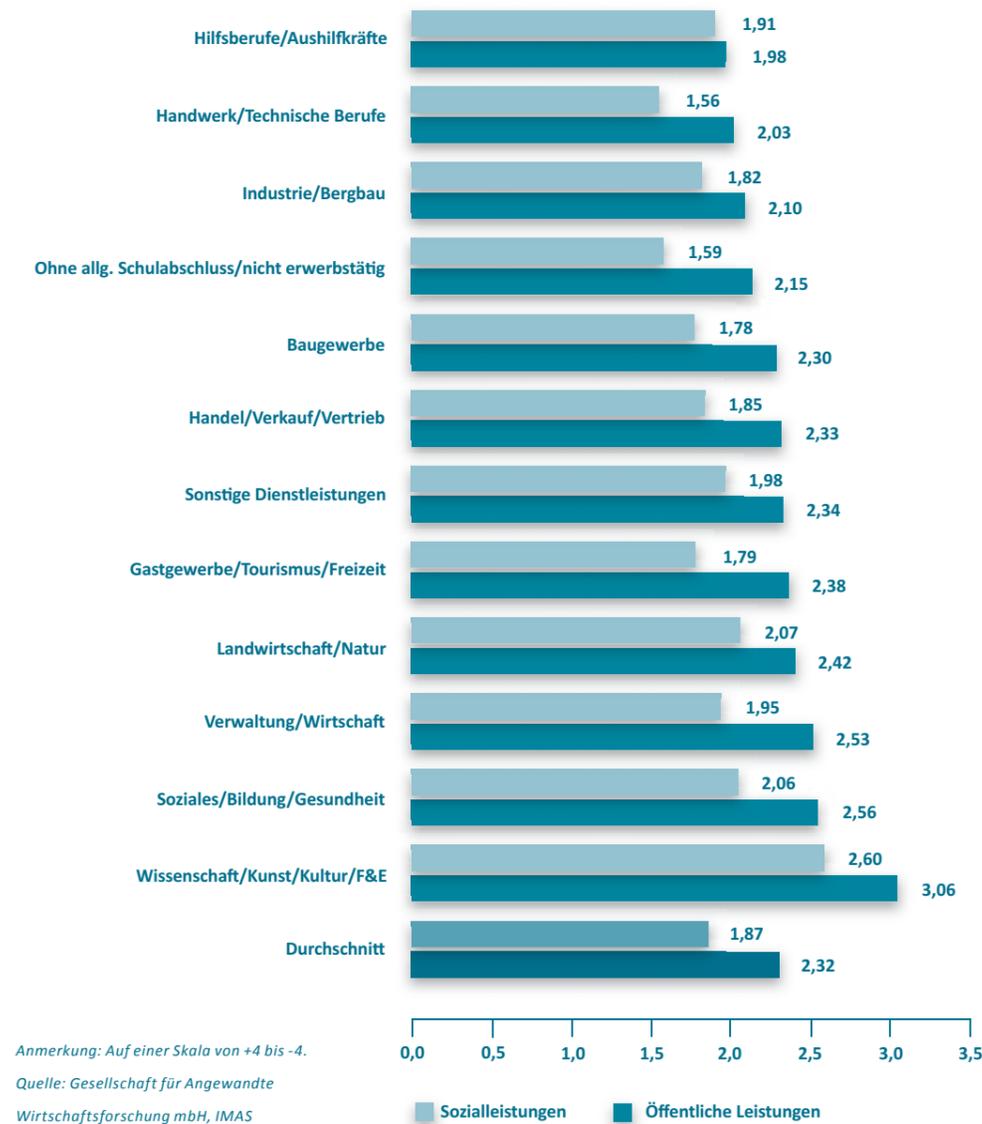
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Personen mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss weisen mit einer mittleren Akzeptanz von 3,03 eine signifikant höhere Akzeptanz auf als Personen mit Grund- bzw. Hauptschulabschluss (2,14).

Hinsichtlich der Berufsfelder fällt auf, dass Personen, die in Wissenschaft, Kunst, Kultur und F&E tätig sind, mit durchschnittlich 3,06 die größte Akzeptanz äußern, was die Verwendung von Steuern zur Finanzierung öffentlicher Leistung betrifft. Im Falle der Verwendung der Steuereinnahmen zur Finanzierung von Sozialleistungen verringert sich die durchschnittliche Akzeptanz in dieser Berufsgruppe auf 2,60, fällt aber auch hier höher aus als bei allen anderen Berufsfeldern.

Abb. 21

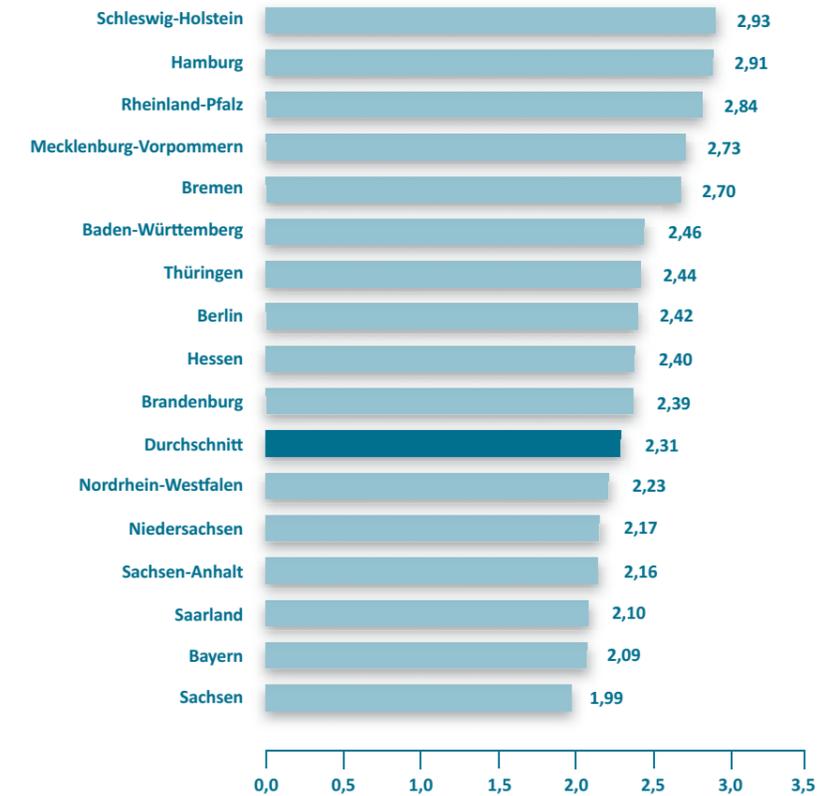
Mittlere Akzeptanz der Verwendung von Steuereinnahmen – getrennt nach Berufsfeld



Zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es große Unterschiede, was die Akzeptanz des Steuerzahlens zum Zweck der Finanzierung öffentlicher Leistungen anbelangt. Grundsätzlich gilt, dass kein eindeutiges West-Ost-Gefälle festgestellt werden kann, die Unterschiede innerhalb West- und Ostdeutschlands jedoch zum Teil beträchtlich sind. In Westdeutschland erstreckt sich die mittlere Zustimmung von 2,09 (Bayern) bis 2,93 (Schleswig-Holstein). In Ostdeutschland reicht die mittlere Zustimmung von 1,99 (Sachsen) bis 2,73 (Mecklenburg-Vorpommern), wobei diese Unterschiede hier statistisch nicht signifikant sind.

Abb. 22

Mittlere Akzeptanz der Verwendung von Steuereinnahmen für öffentliche Leistungen – getrennt nach Bundesland

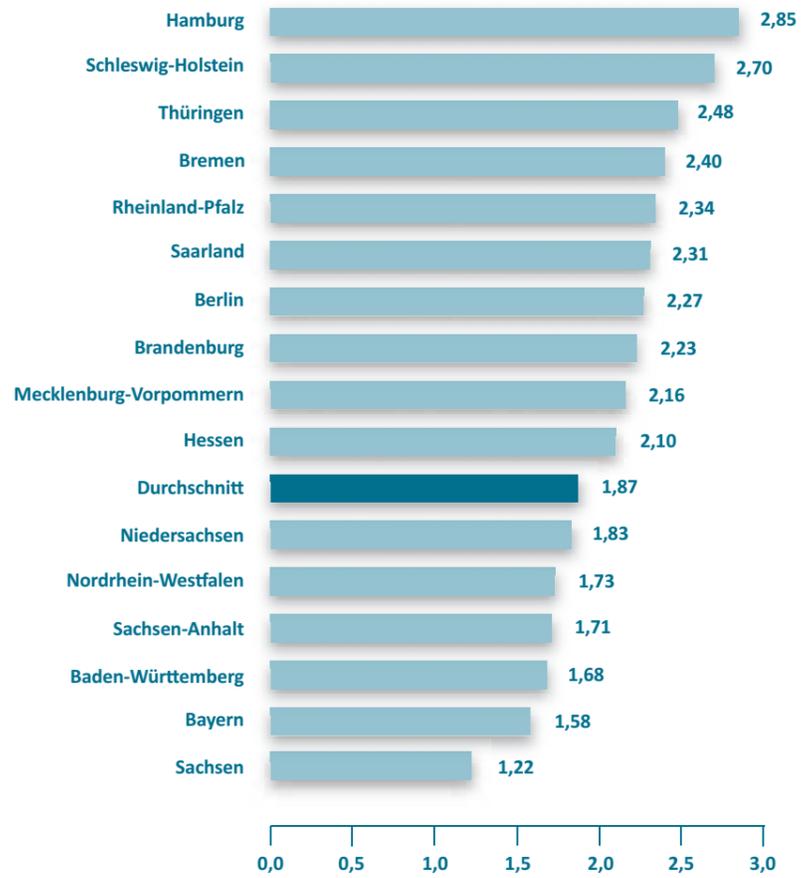


Sehr ähnlich fallen die Ergebnisse aus, wenn es um die Akzeptanz der Verwendung von Steuern zur Finanzierung von Sozialleistungen geht. Die Spanne der mittleren Zustimmung erstreckt sich von 1,22 (Sachsen) bis 2,85 (Hamburg).

Innerhalb Westdeutschlands liegt Bayern mit einem mittleren Wert von 1,58 am untersten und Hamburg mit 2,85 am obersten Ende der Akzeptanzskala. In Ostdeutschland ist die mittlere Zustimmung mit 2,48 in Thüringen am höchsten, in Sachsen mit 1,22 am niedrigsten. In beiden Fällen sind die Unterschiede statistisch signifikant.

Abb. 23

Mittlere Akzeptanz der Verwendung von Steuereinnahmen für Sozialleistungen – getrennt nach Bundesland



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.

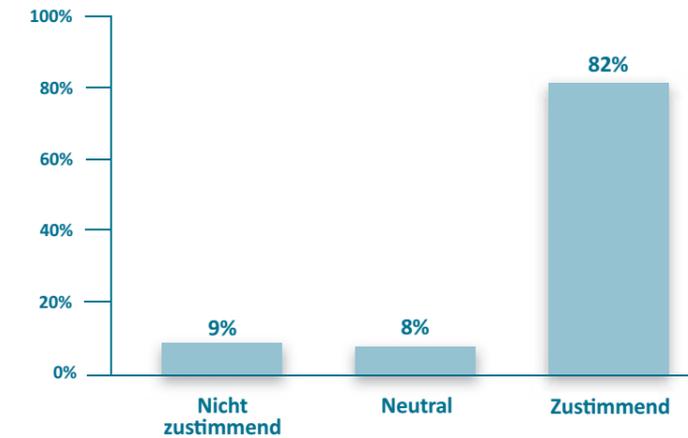
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

III.1a Staatliche Bürokratie

- Hohe Zustimmung zu „Der deutsche Sozialstaat ist zu bürokratisch“.
- Höhere Zustimmung bei Männern und Selbständigen, geringere Zustimmung beim Mittelstand.
- Deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Abb. 24

Der deutsche Sozialstaat ist zu bürokratisch



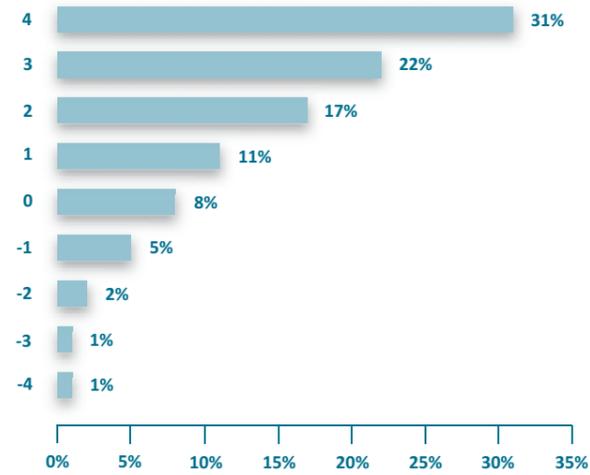
Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Zustimmung: +4 bis +1; Neutral: 0; Nicht zustimmend: -1 bis -4; „Weiß nicht“ / „Keine Angabe“: 1 %

Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Der Aussage „Der deutsche Sozialstaat ist zu bürokratisch“ stimmen knapp 82 % aller Befragten zu, wobei mehr als die Hälfte (53 %) eine sehr große Zustimmung (Werte 3 und 4) bekunden. Der Mittelwert der Zustimmung unter allen Befragten beträgt 2,23.

Abb. 25

Der deutsche Sozialstaat ist zu bürokratisch – im Detail



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.

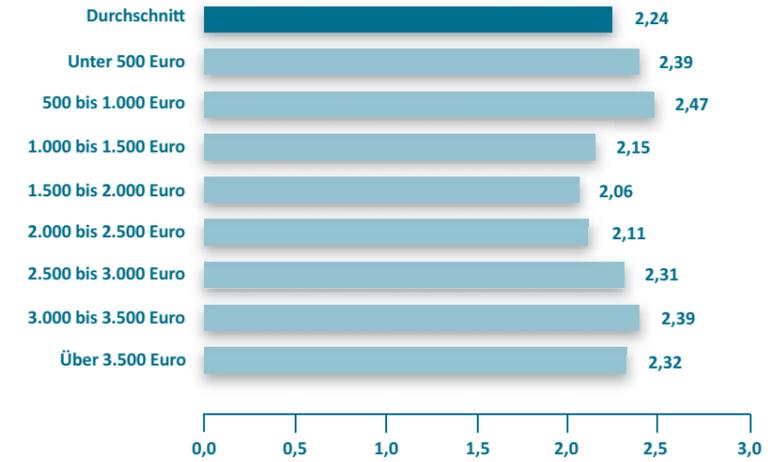
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Die mittlere Zustimmung liegt mit 2,28 bei Männern signifikant höher als bei Frauen, deren mittlere Zustimmung 2,18 beträgt. Die Aussage, dass der deutsche Sozialstaat zu bürokratisch sei, bejahen Selbständige mit einer mittleren Zustimmung von 2,53 signifikant stärker als Angestellte (2,14). Darüber hinaus zeigt sich, dass Personen, die in Wissenschaft, Kunst, Kultur und F&E tätig sind, mit 2,58 eine höhere mittlere Zustimmung kundtun als Personen in anderen Berufsfeldern.

Die Zustimmung zur Aussage, dass der deutsche Sozialstaat zu bürokratisch sei, ist an den Rändern der Einkommensverteilung höher als in der Mitte. So ist die Zustimmung zu dieser Aussage bei Personen in den mittleren Einkommensklassen (monatliches Nettoeinkommen von € 1.000 bis € 2.500) signifikant geringer als bei Beziehern mit einem Einkommen von unter € 1.000 und von über € 2.500.

Abb. 26

Der deutsche Sozialstaat ist zu bürokratisch – getrennt nach Einkommen



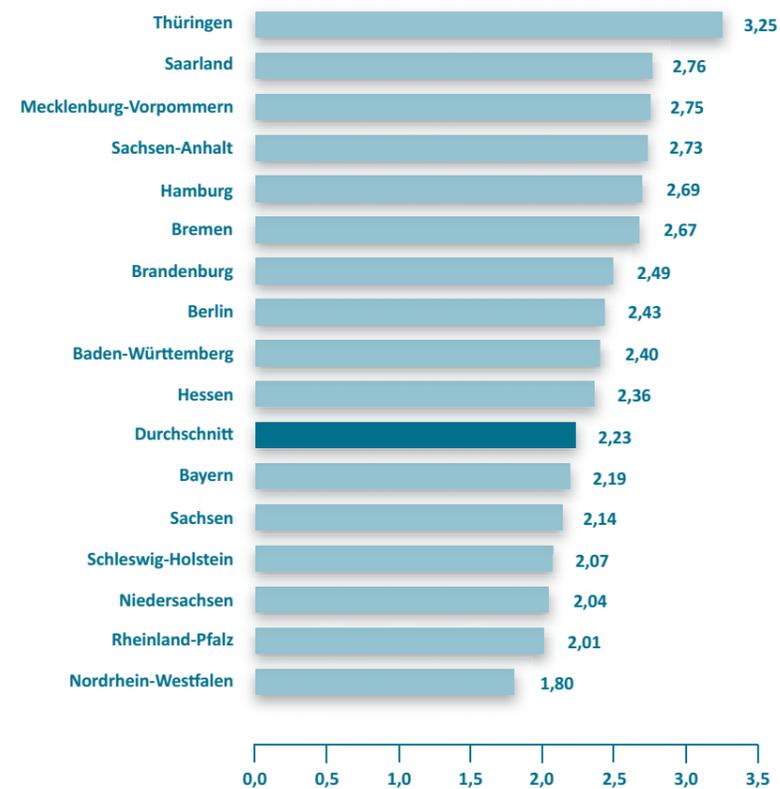
Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.

Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Auch hinsichtlich der Einschätzung, dass der deutsche Sozialstaat zu bürokratisch sei, gibt es große Unterschiede innerhalb des deutschen Bundesgebietes. Während die mittlere Zustimmung zu dieser Aussage in Ostdeutschland 2,58 beträgt, liegt sie in Westdeutschland mit 2,13 signifikant darunter. Die mittlere Zustimmung reicht von 1,80 in Nordrhein-Westfalen bis 3,25 in Thüringen.

Abb. 27

Der deutsche Sozialstaat ist zu bürokratisch – getrennt nach Bundesland

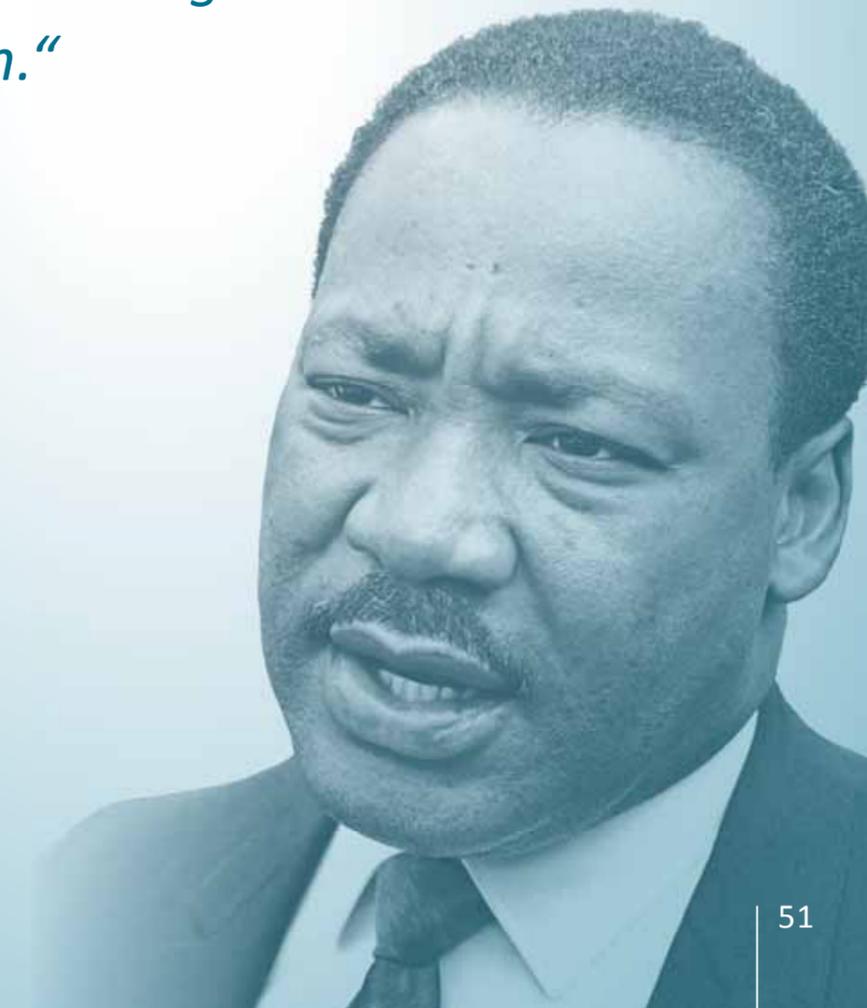


Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.

Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

„[...] die Programme der Vergangenheit [haben] alle einen gemeinsamen Mangel – sie sind indirekt. [...] Ich bin heute davon überzeugt, dass der einfachste Ansatz sich als der effektivste erweisen wird – die Behebung der Armut durch ihre direkte Beseitigung mittels einer heute breit diskutierten Maßnahme: Dem garantierten Einkommen.“

Martin Luther King



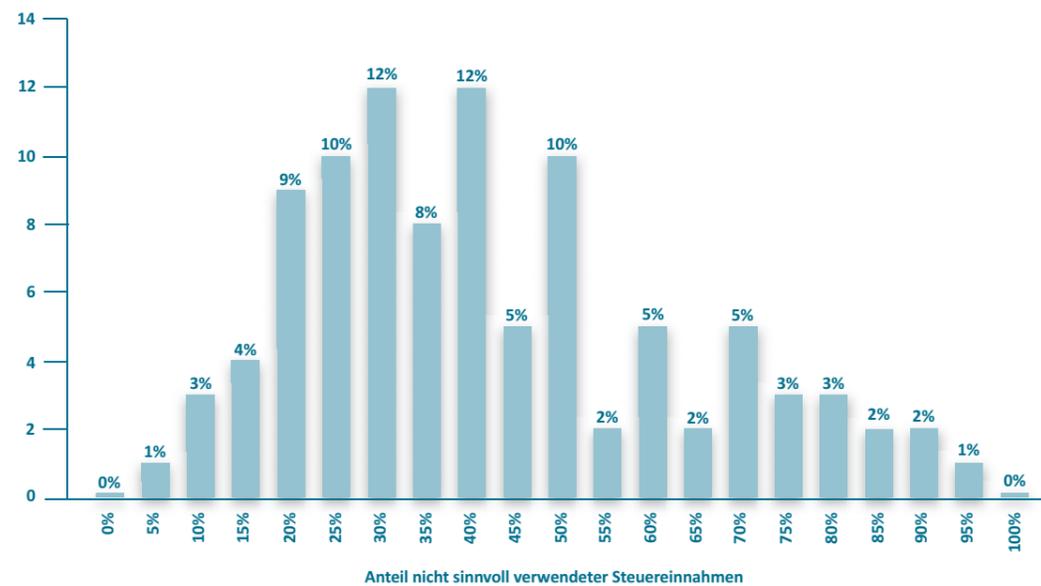
III.1b Verschwendung der Steuereinnahmen?

- └ Mehr als die Hälfte der Befragten glaubt, dass mindestens 40 % der Steuereinnahmen nicht sinnvoll verwendet werden.
- └ Kaum Unterschiede zwischen Personengruppen.
- └ Deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Hinsichtlich der sinnvollen Verwendung der Steuereinnahmen ist ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger skeptisch. Mehr als die Hälfte der Befragten (52 %) gibt an, dass der Staat mindestens 40 % der Steuereinnahmen nicht sinnvoll verwendet. Lediglich jede fünfte befragte Person (18 %) ist der Ansicht, dass der Staat weniger als 20 % der Steuereinnahmen nicht sinnvoll verwendet. Nach Einschätzung der Bürgerinnen werden im Durchschnitt 42 % der Steuereinnahmen nicht sinnvoll verwendet.

Abb. 28

Wie viel Prozent der Steuereinnahmen nicht sinnvoll verwendet werden



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

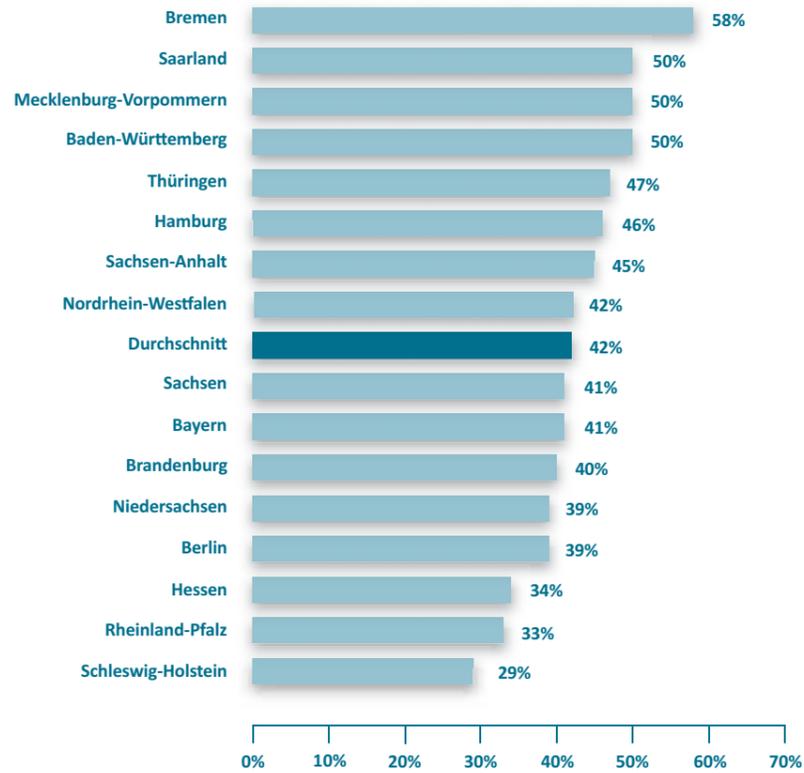
Zwischen Männern und Frauen gibt es hinsichtlich der Einschätzung über die nicht sinnvolle Verwendung der Steuereinnahmen keine signifikanten Unterschiede (Mittelwert Männer: 42 %; Mittelwert Frauen: 41 %). Ebenso wenig unterscheiden sich Selbständige (Mittelwert 43 %) und Angestellte (Mittelwert 41 %) stark in ihrer diesbezüglichen Einschätzung. Auch zwischen Personen mit unterschiedlichem Bildungsabschluss lassen sich keine signifikanten Unterschiede erkennen. So erachten zwar Personen mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss durchschnittlich 39 % der Steuereinnahmen als nicht sinnvoll verwendet, während es bei Personen mit Grundschul- bzw. Hauptschulabschluss 43 % sind, doch sind auch diese Unterschiede statistisch nicht signifikant.

Selbst zwischen Einkommensklassen und der Einschätzung der nicht sinnvollen Verwendung von Steuereinnahmen lässt sich kein klarer Zusammenhang erkennen. Zwar halten Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von € 500 bis € 1.000 durchschnittlich 46 % der Steuereinnahmen für nicht sinnvoll verwendet, während es bei Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von € 2.500 bis € 3.000 mit 38 % weniger sind. Doch obwohl dieser Unterschied statistisch signifikant ist, lässt sich kein allgemeiner Zusammenhang zwischen der Höhe des Einkommens und der Einschätzung der nicht sinnvollen Verwendung von Steuergeldern ableiten.

Unterschiede sind jedoch zwischen West- und Ostdeutschland festzustellen. Während die Befragten in Westdeutschland im Mittel angeben, dass sie 41 % der Steuereinnahmen als nicht sinnvoll verwendet ansehen, liegen die Befragten in Ostdeutschland mit 44 % signifikant darüber. Aus Abbildung 29 ist für die einzelnen deutschen Bundesländer ersichtlich, welchen Anteil der Steuereinnahmen die Bürger im Schnitt als nicht sinnvoll verwendet erachten.

Abb. 29

Wie viel Prozent der Steuereinnahmen nicht sinnvoll verwendet werden – getrennt nach Bundesland



Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

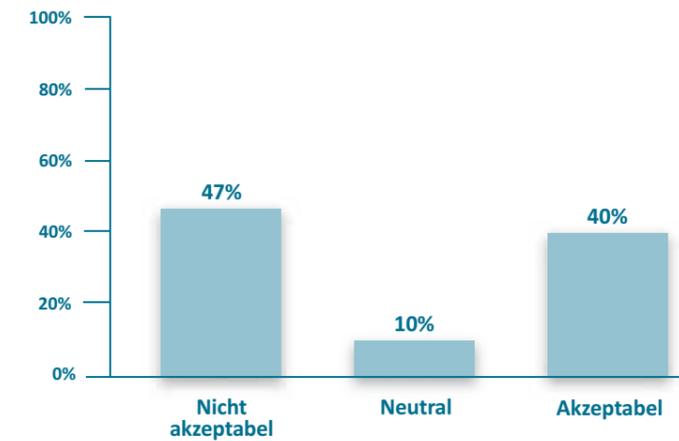
III.1c Steuerbelastung akzeptabel?

- └ Für 40 % ist die derzeitige Steuerbelastung mehr oder weniger akzeptabel.
- └ Geringe Unterschiede zwischen Personengruppen.
- └ Große Unterschiede zwischen den Bundesländern.
- └ Höchste Akzeptanz der Steuerbelastung bei im Sozialbereich Tätigen.

Für vier von zehn Befragten (40 %) stellt sich die derzeitige Belastung durch Steuern und Abgaben als mehr oder weniger akzeptabel dar. Knapp die Hälfte der Befragten (47 %) findet diese – unterschiedlich stark – nicht akzeptabel. 10 % der befragten Personen stehen dieser Frage neutral gegenüber. Der Durchschnitt liegt mit -0,31 leicht im negativen Bereich.

Abb. 30

Akzeptanz der derzeitigen Steuer- und Abgabenbelastung



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Akzeptabel: +4 bis +1; Neutral: 0; Nicht akzeptabel: -1 bis -4; „Weiß nicht“ / „Keine Angabe“: 3 %

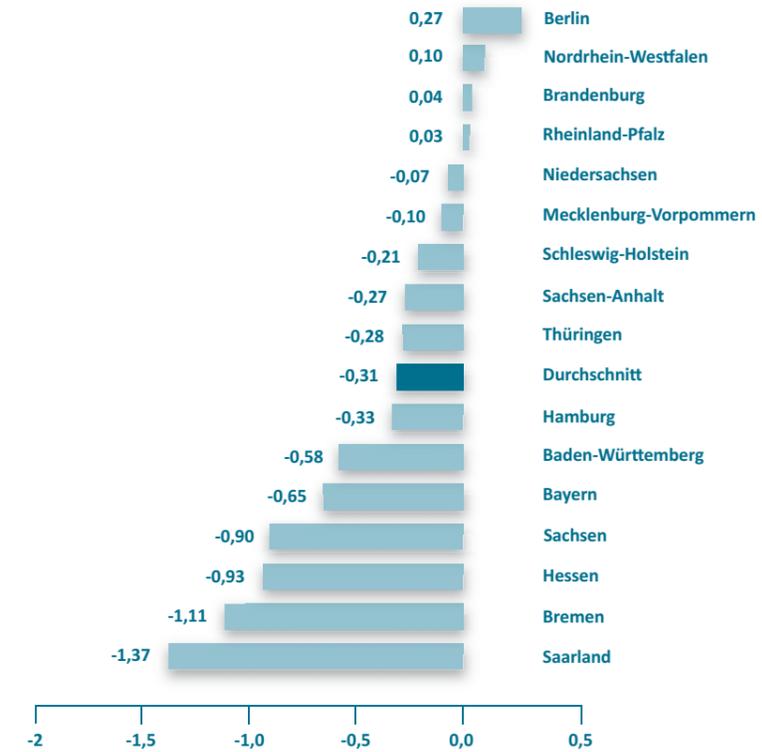
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Auch wenn Männer die derzeitige Belastung durch Steuern und Abgaben mit durchschnittlich -0,40 im Mittel als weniger akzeptabel erachten als Frauen (-0,22), ist dieser Unterschied statistisch nicht signifikant. Personen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss äußern mit durchschnittlich 0,05 die relativ größte Akzeptanz. Darüber hinaus gibt es allerdings keinen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad und der Akzeptanz der derzeitigen Belastung. Ebenso wenig lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem Status von Personen und deren Akzeptanz der derzeitigen Steuer- und Abgabenbelastung erkennen. Obschon Unterschiede zwischen Selbständigen (-0,11), Angestellten (-0,38), Arbeitslosen (-0,27) und Rentnern (-0,25) in ihrer mittleren Akzeptanz der derzeitigen Belastung bestehen, sind diese statistisch allesamt nicht signifikant.

Obwohl sich West- und Ostdeutschland in ihrer Einschätzung der Akzeptanz der derzeitigen Steuerbelastung ähneln (mittlere Akzeptanz in Ostdeutschland -0,32 und in Westdeutschland -0,30), sind große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern festzustellen. Die mittlere Akzeptanz schwankt zwischen -1,37 (Saarland) und 0,27 (Berlin).

Abb. 31

Mittlere Akzeptanz der derzeitigen Steuer- und Abgabenbelastung – getrennt nach Bundesland



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.

Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

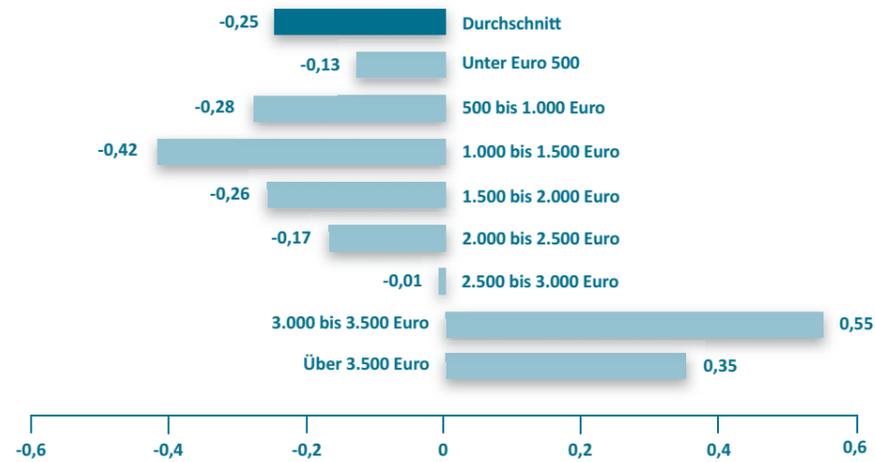
Mit einer durchschnittlichen Akzeptanz von 0,07 empfinden jene Personen, die im Bereich Soziales, Bildung und Gesundheit tätig sind, die derzeitige Belastung aus Steuern und Abgaben am relativ höchsten. Signifikant geringer ist die Akzeptanz unter Handwerkern und bei technischen Berufen (-0,74) sowie unter Aushilfskräften und Hilfsberufen (-0,89).

Darüber hinaus sind signifikante Unterschiede in der Akzeptanz zwischen jenen Personen, die in den letzten 10 Jahren einmal unfreiwillig arbeitslos waren und jenen, die dies nicht waren, festzustellen. Während jene, die bereits einmal arbeitslos waren, eine mittlere Akzeptanz von -0,56 aufweisen, bekunden interessanterweise jene, die nicht arbeitslos waren, mit durchschnittlich -0,23 eine relativ größere Akzeptanz, was die derzeitige Belastung aus Steuern und Abgaben betrifft.

Des Weiteren ist ein Zusammenhang zwischen Einkommen und Akzeptanz der derzeitigen Belastung aus Steuern und Abgaben zu erkennen. Die Akzeptanz ist bei den höchsten Einkommen (monatliches Nettoeinkommen über € 3.000) jeweils im leicht positiven Bereich und damit höher als bei den niedrigeren Einkommen, die alle ausnahmslos im Mittel einen negativen Wert aufweisen.

Abb. 32

Mittlere Akzeptanz der derzeitigen Steuer- und Abgabenbelastung – getrennt nach Einkommen

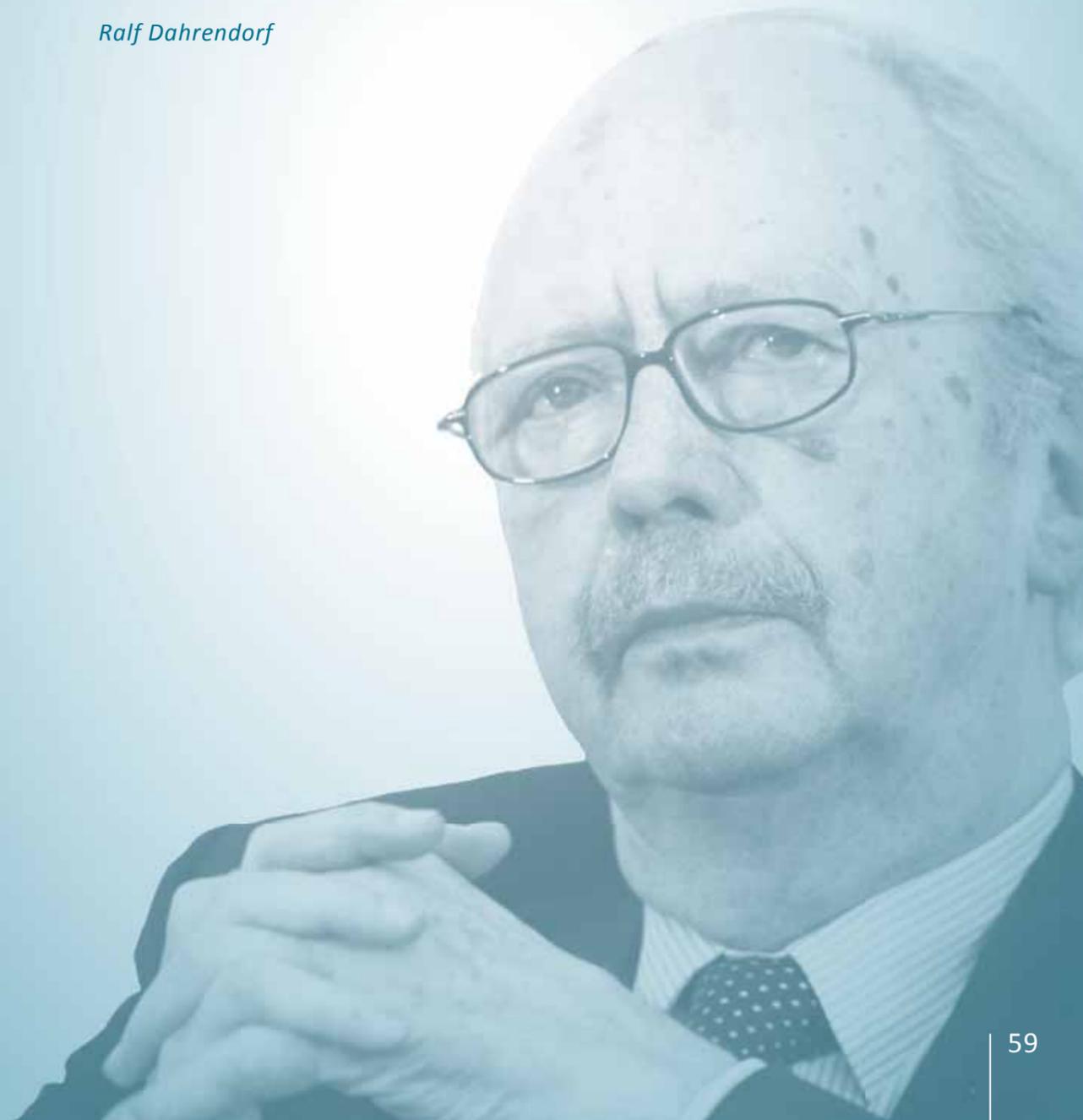


Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.

Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

„Das Recht auf Arbeit ist ein Missbrauch der Sprache, da es nicht erzwingbar ist; das Recht, nicht zu arbeiten, ist hingegen ein liberales Prinzip.“

Ralf Dahrendorf



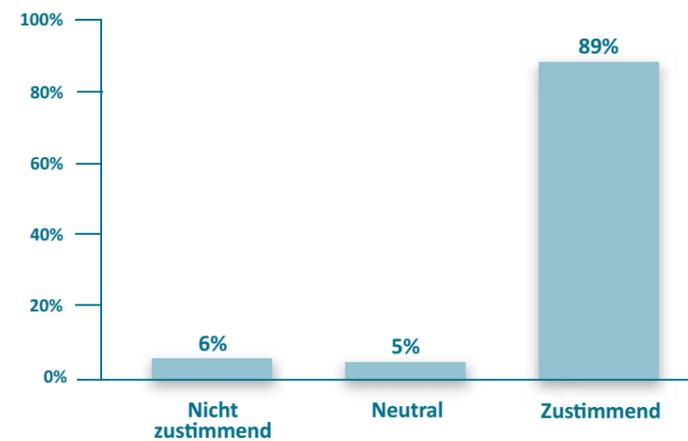
III.2 Stellenwert der Arbeit

Ein wesentlicher Punkt der Idee des BGE ist die Entkopplung des Einkommens von Erwerbsarbeit. Viele Befürworter des BGE erachten Einkommen als ein Bürgerrecht und sehen Vollbeschäftigung gleichzeitig als eine Illusion an. Die folgenden Auswertungen und Erläuterungen ergänzen die theoretischen Überlegungen zu dieser Entkopplung und sollen einen Überblick darüber geben, wie die heutige deutsche Gesellschaft Arbeit bewertet bzw. welchen Stellenwert sie der Erwerbstätigkeit beimisst.

III.2a Jeder Mensch soll arbeiten, um sich selbst zu verwirklichen

Abb. 33

Jeder Mensch soll arbeiten, um sich selbst zu verwirklichen



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

89 % der Befragten stimmen dieser Aussage – unterschiedlich stark – zu, wobei 37 % aller Befragten die höchste Zustimmung äußern. Die durchschnittliche Zustimmung liegt bei 2,56.

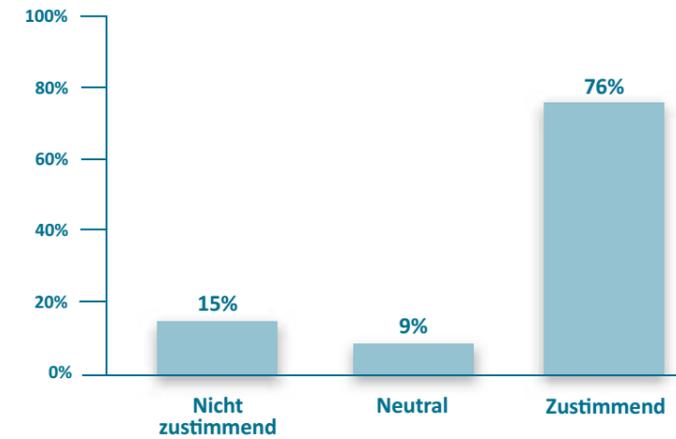
Die mittlere Zustimmung ist ...

- └ in Ostdeutschland (3,03) höher als in Westdeutschland (2,41).
- └ bei Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (2,88) höher als bei Personen mit Grund- bzw. Hauptschulabschluss (2,38).
- └ bei Personen mit höheren Einkommen tendenziell höher als bei jenen mit geringeren Einkommen.

III.2b Es ist Aufgabe der Regierung, für Vollbeschäftigung zu sorgen

Abb. 34

Es ist Aufgabe der Regierung, für Vollbeschäftigung zu sorgen



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Drei von vier Befragten (76 %) stimmen dieser Aussage prinzipiell zu, immerhin 15 % stimmen ihr – in unterschiedlicher Intensität – nicht zu. Die mittlere Zustimmung beträgt 1,72.

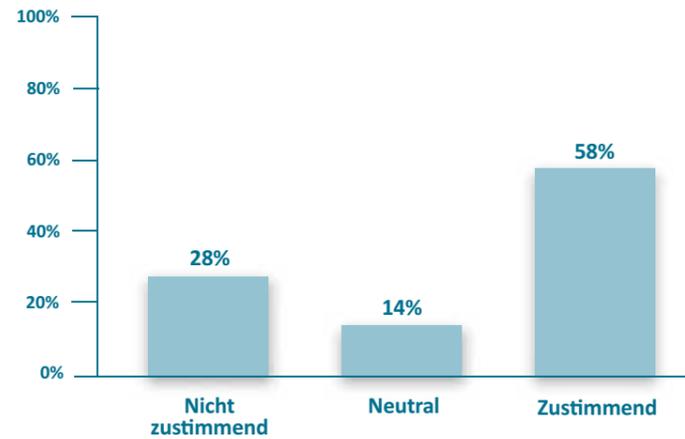
Die mittlere Zustimmung ist ...

- └ in Ostdeutschland (2,24) höher als in Westdeutschland (1,56).
- └ unter Arbeitslosen (2,06) höher als unter Angestellten (1,63).
- └ bei Personen, die in den letzten 10 Jahren einmal unfreiwillig arbeitslos waren, höher (2,04) als bei jenen, die dies nicht waren (1,62).
- └ bei Personen, die im Baugewerbe beschäftigt sind, am höchsten (2,12) und höher als bei Personen, die im Bereich Soziales, Bildung und Gesundheit tätig sind (1,40) bzw. bei Personen aus Verwaltung und Wirtschaft (1,59).

III.2c Nur Bürger, die erwerbstätig sind oder waren, sollen das Recht auf staatliche Unterstützung besitzen

Abb. 35

Nur Bürger, die erwerbstätig sind oder waren, sollen das Recht auf staatliche Unterstützung besitzen



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Die Frage, ob nur jene Bürger ein Recht auf staatliche Unterstützung besitzen sollen, die auch erwerbstätig sind oder waren, bejahen 58 % der Befragten. 28 % der Befragten stimmen dieser Aussage – in unterschiedlicher Stärke – nicht zu, 14 % sind neutral. Die mittlere Zustimmung beträgt 0,74.

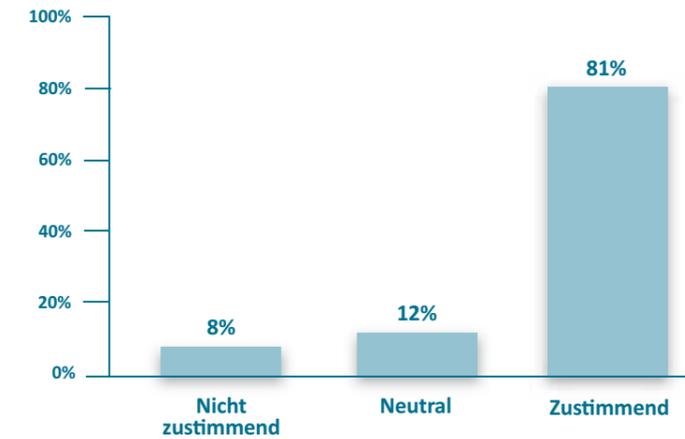
Die mittlere Zustimmung ist ...

- └ in Ostdeutschland (1,06) höher als in Westdeutschland (0,65).
- └ bei Personen, die in den letzten 10 Jahren einmal unfreiwillig arbeitslos waren, höher (2,04) als bei jenen, die dies nicht waren (1,62).
- └ bei Personen, die in Wissenschaft, Kunst, Kultur und F&E tätig sind, mit 0,08 am geringsten.

III.2d Bürger bringen sich durch Erwerbstätigkeit in den Staat ein

Abb. 36

Bürger bringen sich insbesondere durch Erwerbstätigkeit in den Staat ein



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Bei der Frage, ob sich die Bürger insbesondere durch Erwerbstätigkeit in den Staat einbringen, ergibt sich ein relativ eindeutiges Bild. So stimmen dieser Frage – unterschiedlich stark – mehr als 80 % der Befragten zu, 8 % stimmen ihr nicht zu und 12 % stehen ihr neutral gegenüber. Die mittlere Zustimmung liegt bei 1,95.

Die mittlere Zustimmung ist ...

- └ in Ostdeutschland (2,23) höher als in Westdeutschland (1,87).
- └ bei Personen, die in den letzten 10 Jahren einmal unfreiwillig arbeitslos waren, geringer (1,72) als bei jenen, die dies nicht waren (2,05).
- └ bei Personen, die in Industrie und Bergbau tätig sind, am höchsten (2,30) und signifikant höher als bei Personen, die in Gastgewerbe, Tourismus und Freizeit beschäftigt sind (1,67) sowie bei Hilfsberufen bzw. Aushilfskräften (1,67).

Leistung in Deutschland in Arbeitsstunden im Jahr

Quelle: Letzte Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes

96 Milliarden
unbezahlt

56 Milliarden
bezahlt

III.2e Unsere heutige Gesellschaft misst den Wert von Bürgern zu stark an deren Einkommen aus Erwerbstätigkeit

Abb. 37

Unsere heutige Gesellschaft misst den Wert von Bürgern zu stark an deren Einkommen aus Erwerbstätigkeit



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.

Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Dieser Aussage stimmen in unterschiedlicher Intensität ca. zwei Drittel der Befragten (70 %) zu, 18 % stimmen ihr nicht zu. 13 % haben zu dieser Aussage eine neutrale Einstellung. Die Zustimmung beträgt im Mittel über alle Befragten 1,30.

Die mittlere Zustimmung ist ...

└ in Ostdeutschland (1,72) höher als in Westdeutschland (1,18)

└ bei Personen, die im Bereich Wissenschaft, Kunst, Kultur und F&E tätig sind, am höchsten (1,81).

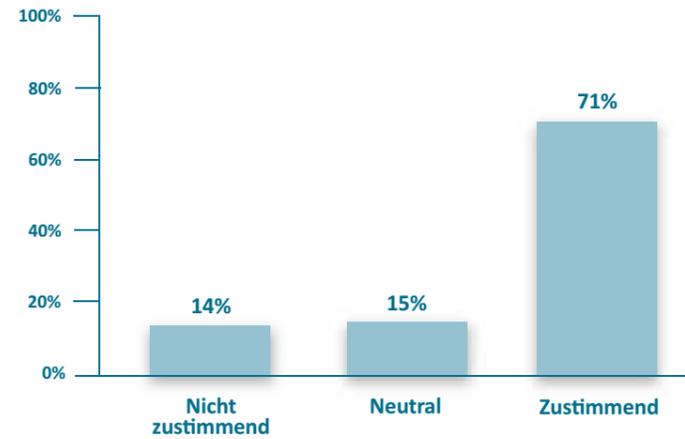
└ bei Arbeitslosen höher als bei Erwerbstätigen.

└ bei Personen mit mittleren Einkommen (monatliches Nettoeinkommen € 1.000 bis € 2.500) signifikant niedriger als an den oberen und unteren Einkommensrändern.

III.2f Vollbeschäftigung ist nicht zu verwirklichen

Abb. 38

Das politische Programm von Vollbeschäftigung – also der Absicht, dass jeder Bürger erwerbstätig ist – ist in unserer heutigen Gesellschaft nicht zu verwirklichen



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

71 % der Befragten stimmen zu, dass das politische Programm von Vollbeschäftigung in unserer heutigen Gesellschaft nicht zu verwirklichen sei. Jeweils 14 % bzw. 15 % der Befragten stimmen dieser Aussage nicht zu bzw. stehen ihr neutral gegenüber. Die mittlere Zustimmung beträgt 1,53.

Die mittlere Zustimmung ist ...

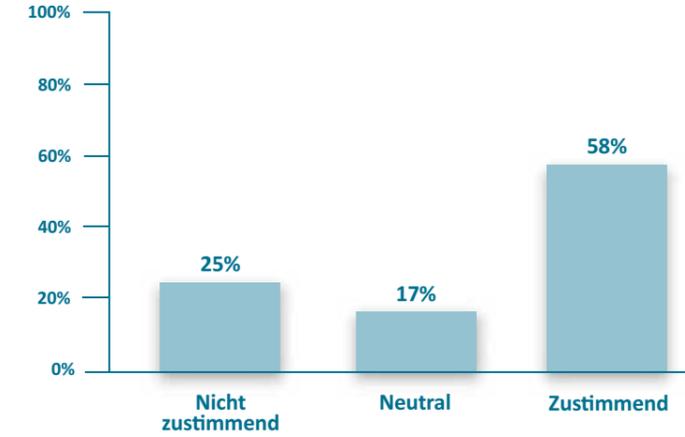
└ bei Selbständigen (1,17) geringer als bei Angestellten (1,62).

└ bei Personen, die in den letzten 10 Jahren einmal unfreiwillig arbeitslos waren, höher (1,67) als bei jenen, die dies nicht waren (1,48).

III.2g Der deutsche Staat verlangt zu wenig Eigenverantwortlichkeit

Abb. 39

Der deutsche Sozialstaat verlangt zu wenig Eigenverantwortlichkeit vom einzelnen Bürger



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Auf diese Frage antworten 58 % der Befragten zustimmend, 25 % ablehnend. 17 % sind in dieser Frage neutral. Die mittlere Zustimmung zu dieser Aussage beträgt 0,82.

Die mittlere Zustimmung ist ...

└ bei Selbständigen (1,34) höher als bei Angestellten (0,83).

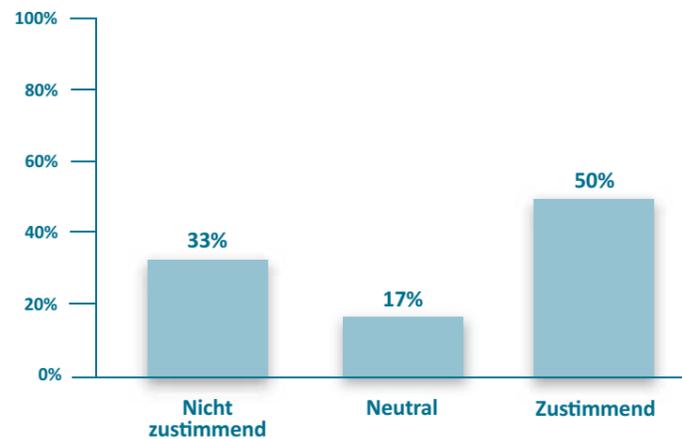
└ bei Arbeitslosen (0,34) geringer als bei Erwerbstätigen.

└ bei Personen, die im Bereich Wissenschaft, Kunst, Kultur und F&E tätig sind, am geringsten (0,62).

III.2h Der Stellenwert von Arbeit ist zu hoch

Abb. 40

Der Stellenwert von Arbeit ist in der heutigen Gesellschaft zu hoch



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.

Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

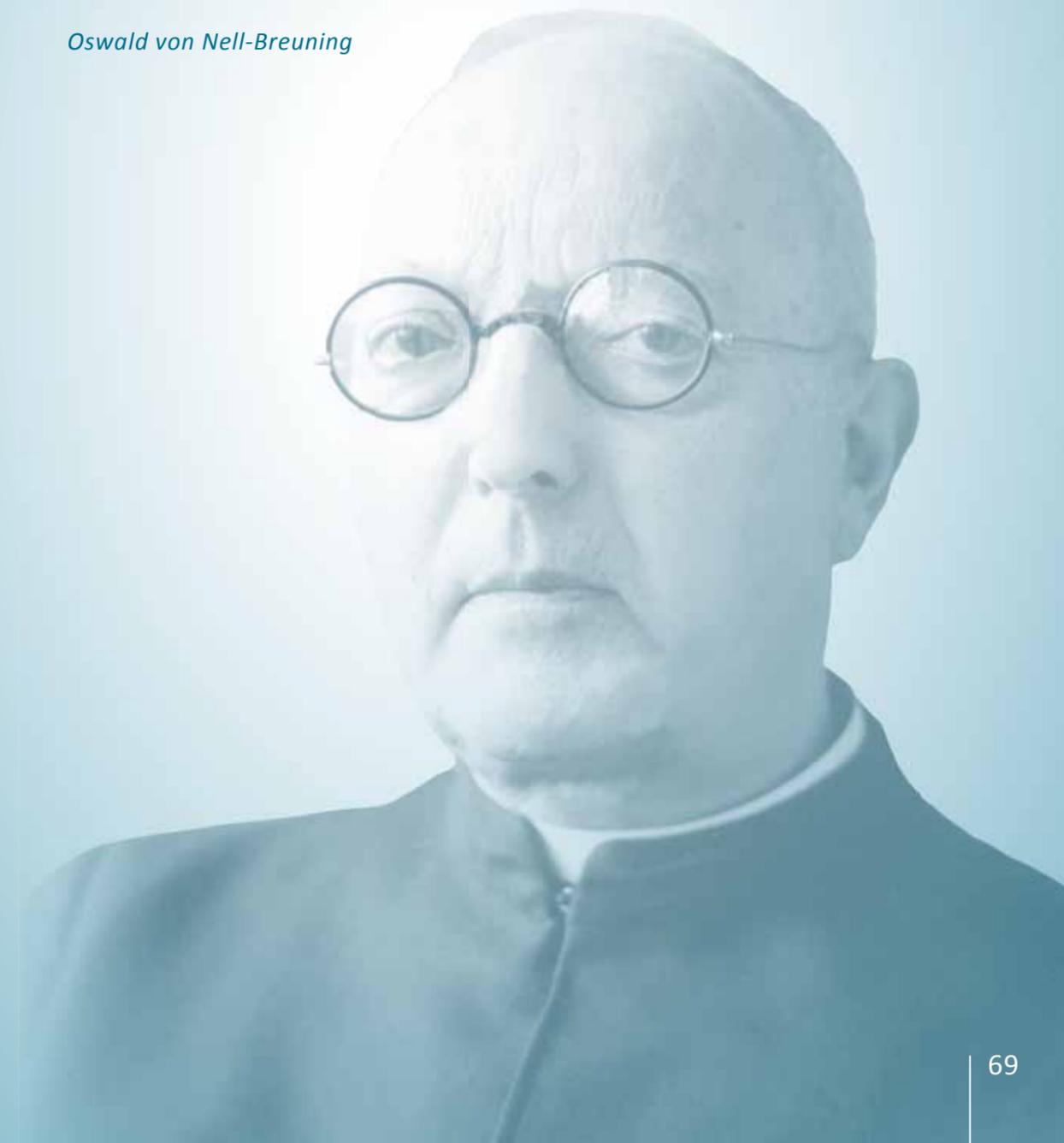
Dass der Stellenwert von Arbeit in der heutigen Gesellschaft zu hoch ist, bejahen 50 % der Befragten. Ein Drittel der Befragten (33 %) empfindet dies nicht so und stimmt der Aussage nicht zu. 17 % äußern sich neutral. Die mittlere Zustimmung liegt mit 0,36 relativ nahe am neutralen Bereich.

Die mittlere Zustimmung ist ...

- ┌ mit zunehmendem Bildungsgrad abnehmend. Die größte Zustimmung ist unter Personen ohne allgemeinen Schulabschluss (0,58) und Personen mit Grund- bzw. Hauptschulabschluss (0,55) zu finden, die geringste Zustimmung unter Personen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss (-0,31).
- ┌ bei Personen, die im Bereich Wissenschaft, Kunst, Kultur und F&E tätig sind, mit 0,04 am geringsten und bei jenen, die im Bereich Gastgewerbe, Tourismus und Freizeit tätig sind, mit 0,57 am höchsten, wobei die Unterschiede statistisch nicht signifikant sind.
- ┌ bei Personen, die in den letzten 10 Jahren einmal unfreiwillig arbeitslos waren, höher (0,58) als bei jenen, die dies nicht waren (0,29).
- ┌ bei Personen mit mittlerem Einkommen (monatliches Nettoeinkommen von € 1.000 bis € 2.500) am geringsten (0,24).

„Alles, was sich güterwirtschaftlich herstellen lässt [...], lässt sich auch finanzieren unter der einzigen Bedingung, dass man es ehrlich und ernstlich will.“

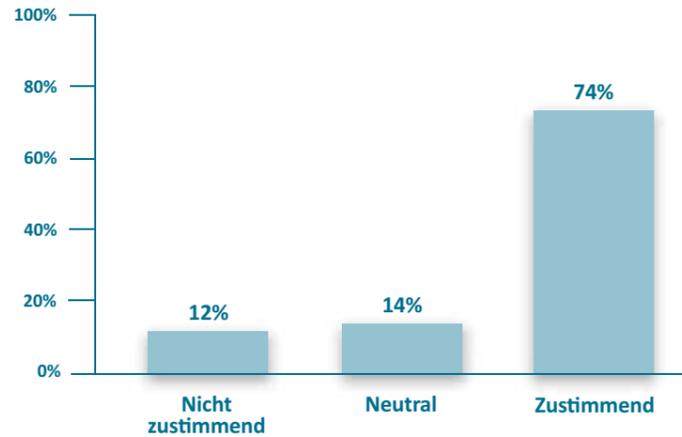
Oswald von Nell-Breuning



III.2i Ehrenamtliche Tätigkeiten werden wenig geschätzt

Abb. 41

Gesellschaftliche Tätigkeiten wie ehrenamtliche Tätigkeiten oder bürgerschaftliches Engagement werden in unserer heutigen Gesellschaft zu wenig geschätzt



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Drei Viertel aller Befragten stimmen der Aussage zu, dass ehrenamtliche Tätigkeiten oder bürgerschaftliches Engagement zu wenig geschätzt werden. Ein Viertel der Befragten stimmt dieser Aussage nicht zu (12 %) bzw. steht ihr neutral gegenüber (14 %). Die mittlere Zustimmung liegt mit 1,68 im positiven Bereich.

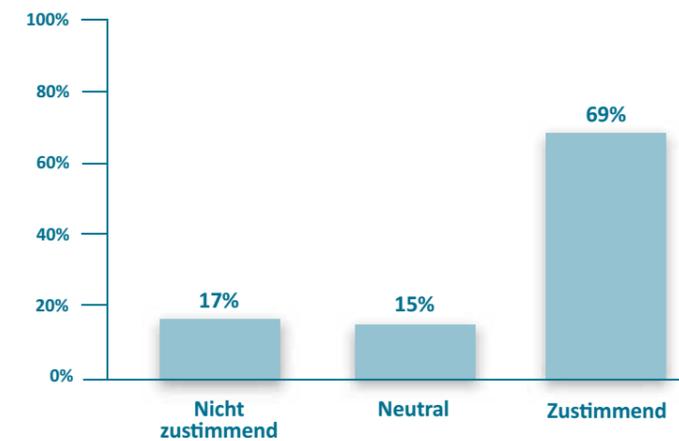
Die mittlere Zustimmung ist ...

- └ in Ostdeutschland (1,98) höher als in Westdeutschland (1,60).
- └ bei Personen mit niedrigen Einkommen (monatliches Nettoeinkommen bis € 1.000) am relativ höchsten, wenn auch nicht statistisch signifikant.
- └ bei Rentnern (1,90) höher als bei Personen, die sich in Ausbildung befinden (1,60), und höher als bei Erwerbstätigen (Selbständige 1,74 und Angestellte 1,60). Allerdings sind diese Unterschiede statistisch nicht signifikant.

III.2j Einkommensunterschiede als Anreize für persönliche Leistungen

Abb. 42

Es sind unter anderem ausgeprägte Unterschiede im Einkommen notwendig, damit Anreize für persönliche Leistungen bestehen



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Mehr als zwei Drittel der Befragten (69 %) erachten Einkommensunterschiede als notwendig, damit Anreize für persönliche Leistungen bestehen. 17 % stimmen dieser Aussage nicht zu, 15 % geben sich neutral. Die mittlere Zustimmung liegt bei 1,18.

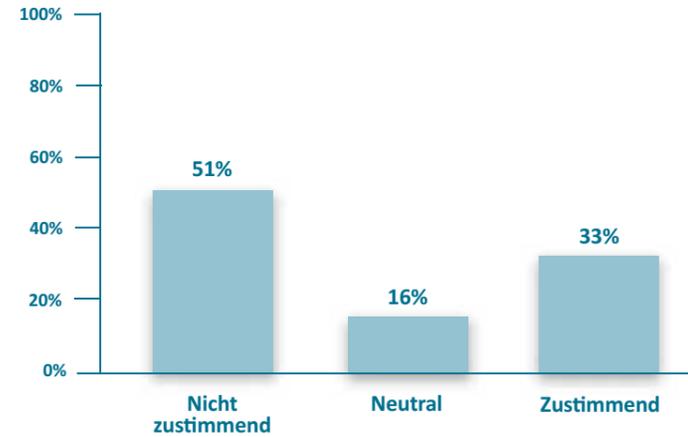
Die mittlere Zustimmung ist ...

- └ bei Personen mit einem sehr hohen Einkommen (monatliches Nettoeinkommen über € 3.500) signifikant größer als bei Personen mit geringen Einkommen (monatliches Nettoeinkommen unter € 1.000).
- └ bei Personen, die im Bereich Wissenschaft, Kunst, Kultur und F&E tätig sind, mit 0,75 am geringsten, im Baugewerbe mit 1,42 am höchsten, wobei diese Unterschiede statistisch nicht signifikant sind.

III.2k Ich finde die sozialen Unterschiede im Großen und Ganzen gerecht

Abb. 43

Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4. Nicht zustimmend: -4 bis -1; Neutral: 0; Zustimmend: +1 bis +4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

Auf diese Frage antwortet ein Drittel der Befragten (33 %) zustimmend, 16 % äußern sich neutral und mehr als die Hälfte (51 %) stimmt dieser Aussage nicht zu. Der Mittelwert liegt mit -0,63 im nicht-zustimmenden Bereich.

Die mittlere Zustimmung ist ...

↳ in Westdeutschland mit -0,48 größer als in Ostdeutschland (-1,12).

↳ bei Selbständigen (-0,11) höher als bei Angestellten (-0,53).

↳ bei Personen, die im Bereich Wissenschaft, Kunst, Kultur und F&E tätig sind, mit -1,46 am geringsten und damit signifikant geringer als bei Personen, die im Bereich Soziales, Bildung und Gesundheit (-0,62), Verwaltung und Wirtschaft (-0,36) oder Handel, Verkauf und Vertrieb (-0,63) tätig sind.

Abbildung 44 fasst die Ergebnisse des Kapitels Stellenwert der Arbeit zusammen.

Abb. 44

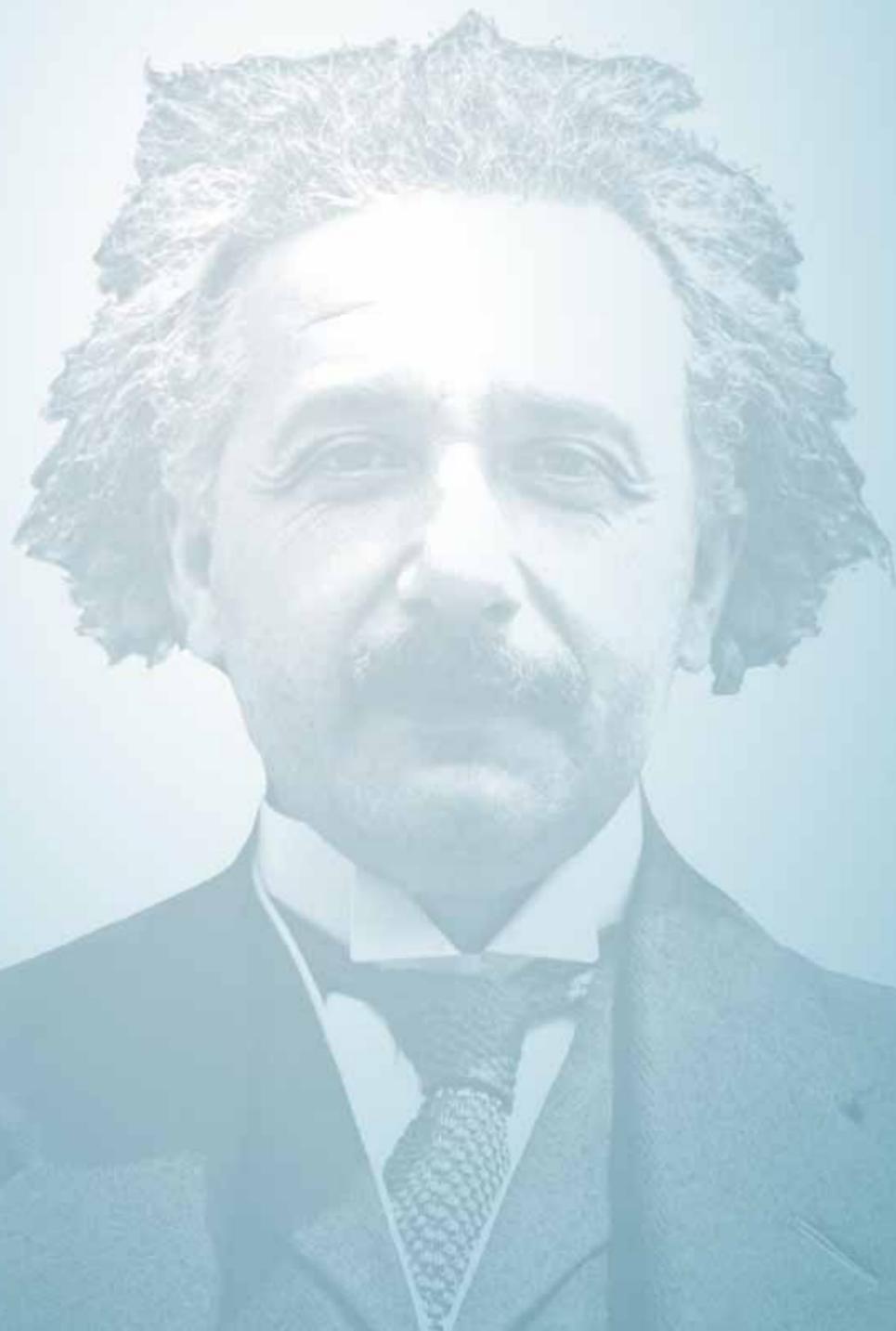
Stellenwert der Arbeit – mittlere Zustimmung



Anmerkung: Auf einer Skala von +4 bis -4.
Quelle: Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH, IMAS

„Probleme kann man niemals
mit derselben Denkweise lösen,
durch die sie entstanden sind.“

Albert Einstein



Impressum

Herausgeber:

Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH,
Amraserstraße 15, 6020 Innsbruck, Österreich,
Dr. Stefan D. Haigner, Tel.: 0043 699 1905 9201, haigner@gaw-mbh.at

Konzeption und Gestaltung:

Arthen Kommunikation GmbH, Karlsruhe

Fotos:

ddp images/Roland Magunia, ddp images/AP, picture-alliance / dpa, ddp images/AP,
iStockphoto/Andreas Kermann, iStockphoto/groveb, iStockphoto/Koval Productions,
iStockphoto/Tomml, Müller-May © Deutsch Verlagsanstalt, picture alliance

Druck:

Engelhardt und Bauer, Karlsruhe

November 2010

**Gesellschaft für Angewandte
Wirtschaftsforschung mbH**

www.gaw-mbh.at

